

Hate Speech:

Reaktionen, Bewältigungs-
strategien & Interventionen

Kompendium



Smart for Democracy
and Diversity



Inhaltsverzeichnis

Autor*innen und Danksagung.....	3
Einführung.....	4

I. Terminologie und Perspektive

Probleme mit Definitionen.....	9
Die vernachlässigte Sichtweise.....	10

II. Hate Speech-Kontexte

Wer ist betroffen?.....	17
Infobox: Was ist Intersektionalität?.....	19
Kontexte - Wann und Wo.....	22

III. Reaktionen und Bewältigungsstrategien

Unmittelbare Antworten.....	28
Langfristige Bewältigungsstrategien.....	34
Selbstorganisation & Empowerment.....	39

IV. Interventionen und Unterstützung

Verfügbare Infrastrukturen zur Unterstützung.....	44
Nicht hilfreiche institutionelle Unterstützung.....	46
Individuelle (Nicht)-Intervention.....	49
Die Tragödie der Nichteinmischung: Sammlung von Zitaten.....	50

V. Schlussfolgerungen

Empfehlungen.....	52
Reaktionen und Bewältigungsstrategien.....	53
Interventionen: Bedürfnisse, Wünsche und bewährte Praktiken.....	56
Reaktionen und Bewältigungsstrategien.....	59
Interventionen: „No-Goes“ und schlechte Praktiken.....	60

Anhang

I. Empfehlungen aus dem Art. 1 Midden Nederland Forschung im Jahr 2020...	63
II. Empfehlungen aus dem Bericht des Jo-Cox-Ausschusses, 2017.....	66

Die Autor*innen:

Forschungsdesign, Koordination und Datenanalyse: Bob Kuřík, Jan Charvát, Marie Heřmanová (*Charles University Prague*)

Verfasser*innen der nationalen Berichte:

Deutschland: Jesper Schulze, Julia Sterk, Ngoc Minh Luong

Niederlande: Willeke van Staalduinen, Javier Ganzarain, Sandra Clonie

Italien: Sergio Andreis, Angela Pagano

Portugal: Carina Dantas, Flávia Rodrigues, Luís Dias

Tschechische Republik: Marie Heřmanová, Jan Charvát, Bohuslav Kuřík.

Wir möchten uns bei allen Befragten bedanken, die sich freundlicherweise bereit erklärt haben, ihre Geschichten mit uns zu teilen. Ihre Namen und einige der Merkmale wurden geändert, um ihre Anonymität zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Wir möchten uns auch bei den Expert*innen und Praktiker*innen bedanken, die sich bereit erklärt haben, mit uns zu sprechen und uns wertvolle Einblicke in die nationalen Besonderheiten der Definitionen, Fälle und Auswirkungen von Hassreden zu geben.



Kofinanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



Dieses Kompendium wurde im Rahmen des von Erasmus+ finanzierten Projekts "Smart for Democracy and Diversity" erstellt.

Einführung

Für viele Menschen in Europa war der Juni 2021 der Monat des Fußballs. Die Fußball-Europameisterschaft 2020 war eines der ersten Sportereignisse nach mehr als einem Jahr, in dem die Stadien leer waren und die Sportfans nicht live dabei sein konnten. Der Anblick der Fans, die sich in den europäischen Städten versammelten und sich über die Siege ihrer Mannschaften freuten, sollte ein freudiges Ereignis sein - trotz aller Ungewissheit über mögliche COVID-19-Infektionen. Der Juni 2021 war allerdings auch der Monat, in dem die ungarische Regierung unter der Führung von Viktor Orbán, Ministerpräsident, Vorsitzender der Regierungspartei Fidesz und einer der europäischen Wortführer der "illiberalen Demokratie", ein umstrittenes Gesetz verabschiedete, das die Behandlung von LGBTQ+-Themen in ungarischen Schulbüchern unter dem Vorwand verbietet, die Schüler*innen vor Pädophilie und „Sexualisierung“ zu schützen. Die Tatsache, dass dieses Gesetz verabschiedet wurde, hat angesichts der langfristigen politischen Entwicklungen in Ungarn und dessen langsamen, aber stetigen Weg hin zu einer populistischen, konservativen und autoritären Gesellschaft, wenig überrascht. Die Verknüpfung von Europameisterschaft und dem Gesetz, führte allerdings dazu, dass das ungarische Anti-LGBTQ+-Gesetz weithin bekannt und diskutiert wurde.

In einer Reihe von Ereignissen, die damit begannen, dass ungarische Fußballfans während des Spiels ihrer Nationalmannschaft gegen Portugal im Budapester Puskas-Stadion homophobe Spruchbänder hochhielten [1], gefolgt von Buhrufen gegen irische Spieler*, weil diese "auf die Knie gingen", eine Geste, die weithin als antirassistisch interpretiert wird und von vielen Mannschaften zu Beginn ihrer Spiele zur Unterstützung der Black-Lives-Matter-Bewegung gemacht wird [2], und dem Streit um die Regenbogenfahne, die auf die Allianz-Arena in München projiziert wurde, hörte die EURO2020 auf, sich nur um Fußball zu drehen und wurde zu einem politischen Ereignis. Diese Vorfälle spiegeln die tiefsitzenden Spannungen und Konflikte um Rassismus, Diskriminierung und Minderheitenrechte wider.

[1] <https://www.theguardian.com/football/2021/jun/16/uefa-receive-report-on-homophobic-banner-at-hungary-v-portugal-match>

[2] <https://www.bbc.com/news/explainers-53098516>



Einführung

Aus den Ereignissen und hitzigen Diskussionen um die Politisierung der Spiele der EURO 2020 lassen sich mehrere Schlüsse ziehen. Der vielleicht sichtbarste ist folgender: Europa hat zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer noch ein Problem mit Diskriminierung und Rassismus. Obwohl auf dem Kontinent so viele verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Hautfarben, sexuellen Orientierungen, Geschlechtern, Nationalitäten und kulturellen Hintergründen leben haben nicht alle die gleichen Chancen, und - was noch wichtiger ist - nicht alle werden gleich behandelt und sind zum Teil Hassrede und Drohungen ausgesetzt. Eine weitere wichtige Erkenntnis ist folgende: Wenn Sie Ziel von Hass und Beschimpfungen werden und zufällig ein berühmter Fußballspieler* sind, können sie Glück haben und Rückhalt und Unterstützung erfahren. Während dies jedoch mit Menschen in privilegierten Positionen geschieht, bleibt die Frage:

Was ist mit allen anderen?

Was ist mit all den BPoC, Transgender, Roma, Muslimen und anderen Menschen, die in den EU-Mitgliedstaaten leben und arbeiten und die täglich mit Rassismus, Diskriminierung und Hassreden konfrontiert sind?



Nach Angaben des BDIMR wurden 2019 in der EU 7.278 Hate Crime Attacken gemeldet, von denen fast die Hälfte (3.026) mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zusammenhängt. [3] Der Großteil von ihnen schaffte nicht auf die Titelseiten der großen europäischen Medien. Sie schafften es nicht einmal in die Schlagzeilen der lokalen Medien. Tatsächlich sind die oben genannten Zahlen irreführend, da die meisten Hate Crime Attacken nicht einmal den Behörden gemeldet werden und damit nicht in die Statistik aufgenommen werden. Dennoch finden sie statt und gehören für Tausende von Menschen in Europa zum Alltag. Ziel dieses Kompendiums ist es, die Geschichten zu erzählen, die nur selten in Statistiken erfasst werden und teilweise nicht eindeutig als Hassreden (Hate Speech) oder Hassverbrechen (Hate Crime) zu definieren sind, da ihr Charakter schwer fassbar ist. Nichtsdestotrotz sind sie nicht weniger ernst und bedrohlich und nehmen Einfluss auf das Leben der Betroffenen. Hassreden und Hassverbrechen, so problematisch ihre Definitionen auch sein mögen, sind weithin diskutierte Themen.

Die Europäische Kommission selbst berichtet, dass Hassreden und Hassverbrechen in den letzten zehn Jahren stetig zugenommen haben [4] and acknowledges that they

"... die Gesellschaften vergiften, indem sie die Rechte des Einzelnen, die Menschenwürde und die Gleichheit bedrohen, die Spannungen zwischen sozialen Gruppen verstärken, den öffentlichen Frieden und die öffentliche Ordnung stören und das friedliche Zusammenleben gefährden. Sie beeinträchtigen das Privatleben oder - im Falle von gewalttätigen Vorurteilsdelikten - sogar Leib und Leben der Opfer. Sie stigmatisieren und verängstigen ganze Gemeinschaften. Sie untergraben den sozialen Zusammenhalt, die Solidarität und das Vertrauen zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft. Hassreden blockieren eine rationale öffentliche Debatte, ohne die keine Demokratie existieren kann; sie führen zu einem Missbrauch von Rechten, der die Rechtsstaatlichkeit gefährdet."

[3] <https://hatecrime.osce.org/infocus/2019-hate-crime-data-now-available>

[4] [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/655135/IPOL_STU\(2020\)655135_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/655135/IPOL_STU(2020)655135_EN.pdf)



Die Gründe für den Anstieg von Hassreden und Hassverbrechen sind vielfältig und variieren je nach lokalem und nationalem Kontext. Die sogenannte „Migrationskrise“, die Europa im Jahr 2015 polarisierte, spielte eine wichtige Rolle. Wie viele Forscher*innen und Analyst*innen gezeigt haben, [5] diente diese Migrationswelle in vielen Fällen nur als Katalysator für antidemokratische Tendenzen, die ihr lange vorausgegangen waren. Der Fall Ungarns, wo es Ministerpräsident Orbán gelang seine Position als Retter der Nation zu festigen als er sich weigerte, Geflüchtete aufzunehmen, ist vielleicht das prominenteste Beispiel für diese Tendenzen. [6] Der Ausdruck "illiberale Wende" wurde jedoch schon lange vorher geprägt: 1997 von dem amerikanischen Journalisten und Denker Fareed Zakaria.

In den Niederlanden beispielsweise nahmen die islamfeindlichen Tendenzen nach den Anschlägen vom 11. September zu und erreichten ihren Höhepunkt im Zusammenhang mit Ereignissen wie der Ermordung des Filmregisseurs Theo Van Gogh im Jahr 2004. Die jüngste deutliche Zunahme von Diskriminierungsfällen ist seit Anfang der 2000er Jahre zu beobachten und hat sich während der Ära des Rechtspopulisten Geert Wilders noch verstärkt. Offizielle Aufzeichnungen des niederländischen Innenministeriums zeigen einen starken Anstieg der gemeldeten Diskriminierungsfälle um 63,99 % im Jahr 2014, als Wilders bei den Kommunalwahlen Wahlkampf machte. [7] Obwohl Hassreden regelmäßig in Offline-Räumen vorkommen, ist ein neues Gebiet entstanden, in dem sich Hassreden und ihre Dynamik ausbreiten, nämlich Online-Räume, die vor allem über die sozialen Medien agieren.

In der Tschechischen Republik beispielsweise werden rassistische und diskriminierende Inhalte häufig von Propaganda-Webseiten verbreitet, die mit russischen Pro-Putin-„Trollfarmen“ verbunden sind, die während der russischen Besetzung der Krim und des anschließenden gewaltsamen Konflikts auf ukrainischem Gebiet einen erheblichen Einfluss im öffentlichen Raum gewonnen haben. In den hypervernetzten Gesellschaften Europas (und der übrigen Welt) hat die beispiellose Geschwindigkeit der Kommunikation, die für digitale Kommunikationsplattformen charakteristisch ist, die Medienlandschaft und die Art und Weise, wie wir miteinander kommunizieren, für immer verändert.

[5] <https://www.ingentaconnect.com/content/bup/gd/2019/00000009/00000001/art00021>

[6] <https://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/0268580920930591>

[7] <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/rapporten/2021/06/01/discriminatiecijfers-in-2020>

Soziale Netzwerke wie Facebook haben zwar zweifellos den öffentlichen Diskurs demokratisiert und jenen eine Stimme gegeben, die zuvor nicht gehört werden konnten. Gleichzeitig haben sie sich jedoch auch in einer wilden, unregulierten Arena entwickelt, in der Hassreden und schädliche Inhalte frei und unzensiert verbreitet werden und sowohl die nationalen als auch die europäischen Gesetzgeber haben Mühe, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten. [8]

Die meisten der verfügbaren Informationen, einschließlich der oben genannten Berichte, stützen sich auf Expert*innenaussagen und statistische Daten. Sowohl in der angewandten als auch in der akademischen Forschung liegt das Hauptaugenmerk auf den Täter*innen von Hassreden und Hassverbrechen, d.h. darauf, wer sie sind, was ihre Beweggründe sind und wie sie daran gehindert werden können, Verbrechen zu begehen. Die alltäglichen Auswirkungen von Diskriminierung, Rassismus und Hassreden und ihre subtilen, schwer fassbaren und doch allgegenwärtigen Erscheinungsformen sind jedoch schwieriger zu erfassen und zu analysieren. Es gibt wahrscheinlich Tausende von Ladenbesitzer*innen, Krankenpfleger*innen, Hausfrauen, Menschenrechtsaktivist*innen, Studierende und viele andere, die auf ihrem morgendlichen Weg zur Arbeit in der Zeitung von rassistischen Verunglimpfungen gegen Fußballspieler* lesen. Das sind die Menschen, die am selben Tag an einer Bushaltestelle, in einem Geschäft oder am Arbeitsplatz dieselben oder ähnliche rassistische Beleidigungen von zufälligen Personen hören können.

Viele der Befragten, die an der Untersuchung teilgenommen haben, welche diesem Kompendium zugrunde liegt, berichten über Rassismus und Hassreden als alltägliche Vorkommnisse: Sie hören oder lesen sie jeden Tag und werden in Bussen und Zügen Ziel von Racial Profiling, usw.

Um ihre Privatsphäre zu schützen, sind unsere Befragten in diesem Kompendium anonym geblieben. Ihre Geschichten sind jedoch real, wahr und werden tagtäglich erlebt. Der Schaden, den sie erleiden, die Kämpfe, denen sie ausgesetzt sind, die Änderungen in ihrem Verhalten, die sie vornehmen mussten/müssen, um gelassen zu bleiben, und das Gefühl, verletztlich zu sein und sich nie sicher und geborgen zu fühlen, sind ebenfalls real und finden ein Echo in allen Geschichten aus den fünf Ländern, in denen wir unsere Daten erhoben haben (Deutschland, die Niederlande, die Tschechische Republik, Portugal und Italien).

[8] <https://muse.jhu.edu/article/671987/summary>



I. Terminologie und Perspektive

H A T E S P E E C H

Probleme mit Definitionen

Hassreden werden im EU-Recht [9] als öffentliche Aufstachelung zu Gewalt oder Hass auf der Grundlage bestimmter Merkmale wie Hautfarbe, Religion und nationale oder kulturelle Herkunft definiert. Während der Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nur rassistische und fremdenfeindliche Äußerungen abdeckt, haben die meisten Mitgliedstaaten ihre nationalen Gesetze auf andere Gründe wie sexuelle Ausrichtung, Geschlechtsidentität und Behinderung ausgedehnt. Die unterschiedliche Umsetzung des Rahmens führt jedoch zu erheblichen Unterschieden bei der Definition, Behandlung und Verfolgung von Hassreden in den einzelnen Mitgliedstaaten. In der Tschechischen Republik beispielsweise sind die sexuelle Ausrichtung, das Geschlecht und eine Behinderung nicht in der Definition enthalten, sodass der Fokus der staatlichen Behörden (und auch der von Expert*innenberichten) viel enger ist als beispielsweise im benachbarten Deutschland.

Sowohl in der europäischen als auch in der nationalen Gesetzgebung gibt es jedoch zwei Hauptansätze zur Definition und Verfolgung von Hassreden und Hassverbrechen. Der eine Ansatz konzentriert sich darauf, wer zur Zielscheibe wird, und unterscheidet folglich zwischen Begriffen wie Mobbing (gegen Einzelpersonen gerichtet) oder Diskriminierung (gegen Gruppen gerichtet). Im Gegensatz dazu basiert der andere Ansatz auf dem Inhalt der Rede selbst (Aufstachelung zu Gewalt oder Hass).

Folglich werden Hassreden und Hassverbrechen in den meisten Fällen durch die Kombination der beiden Begriffe definiert, d. h. durch die Frage, wer das Opfer ist (kulturelle Herkunft, Geschlecht usw. als Grund für den Hass) und was gesagt/getan wird (Aufstachelung oder Gewalttaten).

In der breiteren Fach- und Mediendiskussion werden Hassreden und Hassverbrechen je nach dem Kontext, in dem sie auftreten, oft unterschiedlich definiert oder wahrgenommen. In einigen Fällen wird Hassrede hauptsächlich mit Online-Reden in Verbindung gebracht, während sie in anderen Fällen auf rassistische und diskriminierende Äußerungen in Offline-Umgebungen hinweist. Verschiedene Begriffe, die sowohl von Expert*innen, als auch von staatlichen und lokalen Behörden verwendet werden, wie zum Beispiel Hassrede, verbale Hasskriminalität, Online-Hass, Cybermobbing etc., führen zu verwirrenden Unterschieden in der Terminologie und verschleiern letztlich den Kern des Problems - die Tatsache, dass sich das Phänomen selbst, unabhängig von den Worten, die wir zur Beschreibung verwenden, tagtäglich manifestiert, sowohl online als auch offline, verbal und nonverbal. Deshalb halten wir die Perspektive der Menschen, die von Hassreden und Hassverbrechen betroffen sind, für den wichtigsten Aspekt in der Debatte um Definitionen.

[9] <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:I33178>.

In dem Kompendium berücksichtigen wir alle genannten Kategorien, das bedeutet im Speziellen auf wen (Anwendbarkeit der Gruppenidentitätskriterien), wie (Inhalt) und wo (Kontexte) sie abzielen. Wir ergänzen sie jedoch durch die Berücksichtigung der Auswirkungen, die diese Handlungen auf die Betroffenen haben. Aus dieser Perspektive ist beispielsweise eine Unterscheidung zwischen Online- und Offline-Kontexten nicht sinnvoll, da häufige Hasskommentare im Internet Auswirkungen darauf haben, wie sich die Person offline verhält: wann sie ihr Haus verlässt, wie sie sich in einer Stadt bewegt, wie aufmerksam sie an öffentlichen Orten ist, etc. Darüber hinaus kann eine Person in verschiedenen Kontexten aufgrund einer bestimmten Rolle unterschiedlich betroffen sein: Jemand kann aufgrund seiner Religion, seiner kulturellen Zugehörigkeit, seines Geschlechts oder aufgrund von vermeintlich nicht erfüllten Schönheitsnormen einer bestimmten Gesellschaft, angegriffen werden. Ein Umstand ist in der Regel nicht vom anderen zu trennen, und deshalb ist die zweite wichtige Perspektive, die wir hier verwenden, die intersektionale.

Die vernachlässigte Sichtweise

Im Bereich der Diskriminierung ist die Frage, wer für wen spricht und wer auf welche Weise vertreten wird, von entscheidender Bedeutung, die jedoch oft nicht erkannt wird. Ein anschauliches Beispiel ist die Stimme der diskriminierten Menschen in den tschechischen Medien. Unseren Untersuchungen zufolge besteht eine deutliche Unverhältnismäßigkeit hinsichtlich des Fokus auf die Opfer und den auf Täter*innen von Hassreden und Hassverbrechen. Die Perspektive von diskriminierten Menschen wird deutlich vernachlässigt. Etwa 80 % aller Berichte konzentrieren sich auf die Täter*innen, ihre Persönlichkeiten und ihre Beweggründe. Dies wird auch durch Kurzdarstellungen, Studien und akademische Berichte bestätigt. So werden die Täter*innen als Menschen mit Geschichte, Biografie und Namen dargestellt, während die Stimmen und Perspektiven der von Diskriminierung betroffenen Menschen in vielen Fällen nicht in die Medien gelangen.



Das Fehlen und die Vernachlässigung der Perspektive von diskriminierten Menschen ist keine einmalige Kuriosität oder isolierte Besonderheit der tschechischen Medien. Im Gegenteil: diese Vernachlässigung ist systematisch und findet in ganz Europa statt. In den letzten vier Jahrzehnten wurden verschiedene Aspekte der Hassrede eingehend untersucht. Der Schwerpunkt lag auf ihrer rechtlichen und verfassungsrechtlichen Regulierung (seit Mitte der 1980er Jahre) und auf den Verfahren des „Deep Learning“ zur Erkennung von Hassreden im Internet (seit Beginn von 2010). Bis auf wenige Ausnahmen, vor allem aus dem englisch- und deutschsprachigen Raum, ist die Perspektive der diskriminierten Menschen und die Art und Weise, wie sie Hassreden erleben, noch wenig erforscht.

Ein Beispiel dafür ist der *Extremismusbegriff*, ein äußerst einflussreiches Konzept, welches seinen Ursprung im Nachkriegsdeutschland hat und zunächst in einem Diskurs von Polizei und Geheimdiensten verankert und später (ab den späten 1980er Jahren) von einigen akademischen Kreisen systematisch als *Extremismustheorie* weiterentwickelt wurde. [10] Im Laufe der Jahre hat sich das Konzept als wichtig für polizeiliche Maßnahmen sowie als pädagogisches Dach etabliert, das vom deutschen Staat genutzt wird, um Debatten über Diskriminierung zu führen. Es ist auch zu einer konzeptionellen Alternative des Begriffs der "Hasskriminalität" geworden, wie er in angelsächsischen Ländern verwendet wird. Darüber hinaus wurde das Konzept erfolgreich in andere Länder wie die Tschechische Republik oder die Slowakei exportiert, wo Innenministerien, Polizeibehörden, Geheimdienste, Gerichte und Teile der akademischen Welt in den 1990er Jahren begannen, dieses zu verwenden.

Darüber hinaus wurde das Konzept erfolgreich in andere Länder wie die Tschechische Republik oder die Slowakei exportiert, wo Innenministerien, Polizeibehörden, Geheimdienste, Gerichte und Teile der akademischen Welt in den 1990er Jahren begannen, dieses zu verwenden. Das Konzept und seine Verwendung sind auf vielen Ebenen und aus vielen Gründen kritisiert worden. Was in diesem Kompendium hervorgehoben werden muss, ist die einseitige und eindimensionale Fokussierung auf eine*n Täter*in – eine*n Extremisten*in. Die *Extremismustheorie* definiert Aggressor*innen und Täter*innen, vernachlässigt aber die Lebens- und Sichtweisen der von Diskriminierung betroffenen Menschen und damit auch den konkreten Sachverhalt des Diskriminierungsfalls.

Obwohl die kumulative Vernachlässigung der Stimmen und Perspektiven von Menschen, die diskriminiert werden, immer noch ein dringendes Problem im öffentlichen Raum in ganz Europa ist, kommen die ersten Anzeichen für einen Wandel meist von unten, aus Aktivist*innenkreisen und Nichtregierungsorganisationen. Um mit dem deutschen Beispiel fortzufahren: Nach Jahren oder gar Jahrzehnten der Debatten in geschlossenen Aktivist*innenkreisen hat die Problematisierung der Frage, wer für wen spricht, und der Stimmlosigkeit der Diskriminierten endlich größere Teile der Gesellschaft, die Medien und ein breiteres Publikum in der öffentlichen Arena erreicht. Neben vielen anderen Stimmen haben Tupoka Ogette und Noah Sow, beide Autor*innen und Anti-Rassismus-Trainer*innen, mit ihren Veröffentlichungen einen wichtigen und viel beachteten Beitrag zur Debatte geleistet. [11] Sie beschreiben die Geschichte des Rassismus und die darauf basierenden Denk- und Handlungsmodelle, die noch immer unseren Alltag prägen.

[10] <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200097/debatte-extremismustheorie> & <https://sreview.soc.cas.cz/pdfs/csr/2018/05/05.pdf>

[11] <https://www.noahsow.de/dsw/> & <https://www.extracism.de/>



Diese Erkenntnisse gehen einher mit der Tatsache, dass Räume oder Diskurse nicht für alle gleichermaßen zugänglich sind und Stimmen darin auch nicht gleichermaßen anerkannt werden. In einem Interview aus dem Jahr 2018 stellte Noah Sow fest, dass es seit der Veröffentlichung ihres Buches im Jahr 2008 wichtige Entwicklungen gegeben hat. [12]

Zum Beispiel gibt es jetzt ein gutes Vokabular, um Erfahrungen und die sie umgebende Politik auszudrücken. Es gibt auch eine steigende Zahl anderer Veröffentlichungen sowie Programme in den sozialen Medien, die Rassismus und Diskriminierung aus der Perspektive der Betroffenen thematisieren.

Nach dem Terroranschlag in Hanau, bei dem ein Mann neun Menschen aus rassistischen Gründen ermordet hat, versuchte die Stadt, die Perspektive der Opfer und ihrer Familien einzubeziehen. Die Art und Weise, wie die Stadt Hanau nun damit umgeht, unterscheidet sich von dem Umgang vieler anderer deutscher Städte in der Vergangenheit mit ähnlichen Fällen. Es wurden Anstrengungen unternommen, die Familien der Opfer stärker einzubeziehen, da ihnen bewusst Raum gegeben wurde, sich zu äußern. Ein großer Teil der Betreuungsarbeit, die sich an die Opfer und die von Rassismus betroffenen Menschen richtet, wurde in diesem Fall jedoch von den Familien und Freunden selbst mit Unterstützung von Selbsthilfeorganisationen und NGOs geleistet. Der Hashtag **#saytheirnames** wurde von Familien, Aktivist*innen und Freund*innen genutzt, um die Namen der Ermordeten zu nennen und den Diskurs nicht nur auf den Täter und seine Motive zu konzentrieren. Auch wenn dieser Ansatz als immer noch nicht weitreichend genug kritisiert wurde, ist er ein Novum im Umgang mit rassistischer Gewalt und der Perspektive der Betroffenen in Deutschland.

[12] <https://taz.de/Autorin-ueber-Rassismuskritik/!5493873/>

Während auf der einen Seite die Perspektiven der von Diskriminierung betroffenen Menschen vernachlässigt werden, gibt es aber auf der anderen Seite auch Ansätze für Initiativen, die darauf abzielen, die Dinge anders zu machen und ebendiese Perspektiven zu beachten. Das Kompendium will ebendiese Perspektiven stärken und Räume stärken, in denen Stimmen, Namen, Geschichten und persönliche Zeugnisse von Menschen, die diskriminiert werden und wurden, ernsthaft berücksichtigt werden.

Während der Recherchen und der Ausarbeitung des Kompendiums trat ein weiteres Problem auf: **die Terminologie.**

Welche Worte sollten verwendet werden, um die Erfahrungen von Menschen zu beschreiben, die von Diskriminierung durch Hassreden betroffen sind?

Ist "Opfer" in Bezug auf alltägliche Diskriminierung und die Erfahrung von Hassreden im täglichen Leben immer ein angemessener Begriff?

Lassen Sie uns über den Begriff "Opfer" sprechen.

Einerseits ist es schwer vorstellbar, wie man alle Formen der systemischen rassistischen Diskriminierung reflektieren und bekämpfen kann, ohne über die Opfer des Holocaust, von Rassismus, des Kolonialismus oder der Sklaverei zu sprechen. All diese Formen der Diskriminierung erzeugen Ungerechtigkeit, und es ist wichtig, klare Begriffe zu haben, um diejenigen zu benennen, die unter diesen Bedingungen leiden und diskriminiert werden. Wie unsere Untersuchungen zeigen, ist der Status des Opfers in Gerichts- und Polizeiverfahren wichtig, und viele unserer Befragten haben hart dafür gekämpft, diesen Status zu erhalten, als sie sich entschlossen, ihre Erfahrungen mit Hassreden bei den Behörden anzuzeigen.

Ebendiesen Status „Opfer“ zu erhalten, war für alle Befragten, die Diskriminierungserfahrungen gemeldet hatten, eine Art Sieg. Dies bedeutete, dass sie offiziell und rechtlich nicht als Zielscheibe von Hassreden in einem nicht verfolgten Bereich der Grundsätze der Meinungsfreiheit anerkannt wurden, sondern als Opfer von verbalen Hassverbrechen, die vom Staat geschützt werden sollten.

Andererseits ist die Erfahrung von Hassreden im täglichen Leben sehr spezifisch - es handelt sich um Tausende von kleinen täglichen "Bissen" und "Stichen", und nur eine winzige Anzahl solcher Handlungen wird der Polizei oder anderen Institutionen gemeldet. Und genau in dieser spezifischen Erfahrung der täglichen Diskriminierung ist die Verwendung des Begriffs "Opfer" problematisch. Dafür gibt es zwei spezifische Gründe: die Vernachlässigung der Handlungsfähigkeit und die Personalisierung der Diskriminierung. [13]

Der Begriff "Opfer" ist häufig mit der Vorstellung von Passivität und Ohnmacht verbunden. Durch die Verwendung des Begriffs zur Beschreibung von Menschen, die täglich Zielscheibe von Diskriminierung sind, wird ihre Fähigkeit, sich als Akteur*innen in Situationen von Hassreden und Diskriminierung selbst zu behaupten, relativiert. Der Begriff "Opfer" impliziert, dass ein*e Täter*in die Kontrolle über die gesamte Hassrede-Situation hat und die Handlungsfähigkeit der anderen minimiert oder auf das Leiden reduziert wird. All die verschiedenen Reaktionen, Bewältigungsstrategien und Interventionen, die in diesem Kompendium aufgeführt sind, haben uns gezwungen, diese passive Sprache zu überdenken. Denn welchen Sinn hat es, die Stimmen und Perspektiven der von Diskriminierung betroffenen Menschen hervorzuheben, aber eine Terminologie zu verwenden, die ihre Handlungsfähigkeit vernachlässigt oder einschränkt?

Das zweite Problem ist die Personalisierung und Individualisierung von Diskriminierung bei der Verwendung des Begriffs "Opfer". Opfer zu sein bedeutet, die strukturelle und systematische Dimension der rassistischen, sexistischen usw. Diskriminierung zugunsten eines konkreten Individuums und seiner Geschichte abzulehnen. In polizeilichen und gerichtlichen Verfahren als Opfer anerkannt zu werden bedeutet, dass es nur um konkrete Personen und Taten geht. Auf dieses Problem wies einer unserer Interviewten, Gianpaolo Silvestri, hin. Silvestri ist betroffen von Diskriminierung gegen LGBTQ+ , und gleichzeitig war und ist er in einer erfolgreichen italienischen Schwulenbewegung politisch organisiert. Auf die Frage nach seinen Erfahrungen mit Hassreden als öffentliche Person antwortete er, dass seine Reaktionen gewaltfrei waren, obwohl er sich lautstark zu Wort meldete, weil er der Meinung ist, dass die Opfer ihren "Opferstatus" überwinden sollten, indem sie sich zusammenschließen, politisch organisieren und die Hassreden und die Diskriminierung, die sie durchmachen mussten, sichtbar machen, um "langfristig zu gewinnen".

[13]

<https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/1361332990020103>
<https://educationjournal.web.illinois.edu/archive/index.php/pes/article/view/2029.pdf>
<https://europe.ohchr.org/Documents/Publications/OlderPersonsInEurope.pdf>

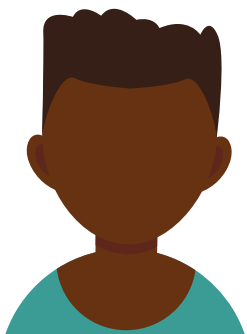


Photo by Tito Texidor III on Unsplash

Silvestri zufolge ist die politische Selbstorganisation gegen Diskriminierung unvereinbar mit dem Opferstatus, da ersterer eine gewisse Form von Kollektivität voraussetzt, während letzterer in der Individualität verankert ist.

Alles in allem ist es schwierig, Begriffe zu finden, welche die Realität struktureller Gewalt, alltäglicher Diskriminierung und die Besonderheiten von Hassrede-Situationen widerspiegeln und gleichzeitig die Schwere und das Leiden dieser Prozesse anerkennen, ohne die Handlungsfähigkeit der von Hassrede betroffenen Menschen zu vernachlässigen und die systemischen Ursachen und Lösungen zu berücksichtigen. Verschiedene Begriffe haben für die öffentliche Debatte, den akademischen Diskurs und die von Diskriminierung betroffenen Menschen jeweils unterschiedliche Konnotationen und werden dementsprechend als angemessen oder unangemessen empfunden. Obwohl die öffentlichen Debatten zu diesem Thema in unseren untersuchten Ländern sehr unterschiedlich geführt werden, haben wir beschlossen, uns dem Beispiel vieler antirassistischer Organisationen anzuschließen, die den Begriff "Opfer" normalerweise nicht verwenden, es sei denn, er bezieht sich auf rassistisch motivierte Morde oder Polizeigewalt. Im Kompendium versuchen wir daher, den Begriff "Opfer" zu vermeiden. Eine Ausnahme davon bilden die Menschen, die darum kämpfen, als Opfer von Diskriminierungshandlungen und Hassverbrechen im rechtlichen Sinne anerkannt zu werden. Stattdessen ziehen wir es vor, von "Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind", "Menschen, die von Rassismus/Sexismus betroffen sind" oder "Menschen, die Gefahr laufen, Opfer von Hassreden zu werden" zu sprechen.





Treffen Sie Tobias

Beispiel 1

Dürfen wir vorstellen: Tobias. Er ist Anfang 20 und lebt derzeit in einer deutschen Großstadt. Er ist mit seinen Geschwistern in einer bayerischen Kleinstadt aufgewachsen und zur Schule gegangen. Nach dem Abitur verließ er bald die Kleinstadt, in der er lebte, und zog in eine andere Stadt, um zu studieren. Sein Vater ist Schwarz und kommt aus Nigeria, seine Mutter ist *weiß*. Er besucht Nigeria einmal im Jahr, um seine Familie und Bekannte zu besuchen. Seine Familie lebte auch eine Zeit lang in Frankreich. Er beschreibt sich selbst als einen politischen Menschen und interessiert sich für die Humanwissenschaften.

Tobias weist darauf hin, dass er sich als einer der wenigen Schwarze Menschen an seiner Schule und in seinem täglichen Leben immer sehr exponiert gefühlt hat. Rassistische Kommentare, insbesondere Beleidigungen, waren an der Tagesordnung, solange er sich erinnern kann. Er beschreibt sie als alltäglich und potenziell allgegenwärtig. Wenn er über seine Jugend spricht, ist er sichtlich genervt. In der Großstadt, sagt er, sei das Leben viel besser als in dem Dorf, in dem er aufgewachsen ist. Es sei liberaler und er fühlt sich nicht mehr so ausgeliefert.

Als er jünger war, wurde er wiederholt mit dem N-Wort beschimpft, auch von seiner Lehrkraft, so dass er das Gefühl hatte, etwas dagegen tun zu müssen. Erst ein Gespräch zwischen seiner Mutter und dem Schulleiter konnte das Verhalten der Lehrkraft stoppen. Tobias erinnert sich an Übergriffe und Schlägereien, zum Beispiel bei öffentlichen Veranstaltungen. Er ist sich sicher, dass diese Angriffe oft rassistisch motiviert waren. Er erinnert sich auch an Menschen, die auf die andere Straßenseite wechselten, um nicht an ihm vorbeizugehen.

Beispiele für Diskriminierung aus seiner Jugend betreffen nicht nur ihn allein. Wochenlang wurde sein Vater auf seinem 40 Kilometer langen Arbeitsweg fast täglich von der Polizei angehalten und kam deshalb oft zu spät.

Auch Tobias hat äußerst negative Erfahrungen mit der Polizei gemacht. Immer wieder wurde er als Einziger in einer Menschenmenge grundlos angehalten. Einmal musste er sich auf dem Bahnhof mit erhobenen Händen einer Leibesvisitation unterziehen. Er beschreibt diese Prozedur als stigmatisierend, weil viele Menschen in der Kleinstadt, in der er lebte, ihn kannten. Bei einer anderen Gelegenheit wurden er und einige Freund*innen eines Abends am Bahnhof angehalten. Zu diesem Zeitpunkt war er 17 Jahre alt. Die Polizei hatte ein besonderes Augenmerk auf ihn gerichtet und fand bei ihm eine sehr geringe Menge Marihuana. Er wurde auf die Polizeiwache gebracht und mehrmals durchsucht. Als er mit seiner Mutter sprach, wurde ihm verboten, Französisch zu sprechen. Die Polizeibeamt*innen begaben sich dann zu seiner Wohnung. Seine Mutter war nicht mehr dort, da sie auf dem Weg zur Polizeiwache war. Dennoch betraten die Polizist*innen die Wohnung, obwohl sie dazu rechtlich nicht befugt waren, und begannen, sein Zimmer zu durchsuchen. Er beschreibt dieses Erlebnis als traumatisierend und gibt an, dass er sich bis heute sehr unwohl fühlt, wenn er mit der Polizei in Kontakt kommt.

Sein Vater hat ihm schon früh beigebracht, dass er sich wehren und durchsetzen muss. Tobias sagt, dass Freund*innen immer zu ihm gestanden haben. Fremde hingegen neigen oft dazu, solche Situationen zu ignorieren. Er hat kein Vertrauen in die Polizei und ist skeptisch gegenüber anderen Institutionen. Er wünschte, er hätte von Unterstützungsdiensten gewusst, als er jünger war und mit Diskriminierung konfrontiert wurde, aber er war sich ihrer Existenz nicht bewusst. Informationsveranstaltungen, z. B. in Schulen, betrachtet er als positive Aktivitäten. Er geht davon aus, dass ein Großteil der rassistischen Diskriminierung auf Unwissenheit beruht, und hofft, dass diese Bildungsinitiativen die Situation ändern werden.

Im Allgemeinen fühlt er sich in Deutschland nicht wohl. Er sagt, dass er nicht wirklich vorhat, dort zu bleiben. Obwohl er den stabilen Arbeitsmarkt in Deutschland schätzt und sich bewusst ist, dass es einige finanzielle Vorteile gäbe, wenn er bleiben würde, möchte er sich nicht ständig gefährdet fühlen. Besuche in Nigeria empfindet er als angenehm, unter anderem, weil er dort nicht aufgrund seiner Hautfarbe auffällt, was er als entspannend empfindet.

Wer ist betroffen?

Im Allgemeinen haben unsere Untersuchungen gezeigt, dass die Menschen, die am häufigsten Hassreden ausgesetzt sind, durch ein gewisses Maß an "Andersartigkeit" gekennzeichnet sind, das öffentlich sichtbar ist. So steht der größte Teil der Fälle von Hassreden im Zusammenhang mit äußeren Merkmalen und/oder Religion. Menschen, die am häufigsten solchen Hassreden ausgesetzt werden, sind Migrant*innen, aber auch „People of Colour“, oder Muslime, vor allem muslimische Frauen aufgrund ihrer Kleidung. Die spezifischen Gruppen von Menschen, die von Hassreden betroffen sind, variieren auch von Land zu Land (in Portugal sind es zum Beispiel häufig Afro-Amerikaner*innen und die brasilianische Gemeinschaft).

Es gibt zwei Gruppen, die zu den häufigsten Zielen von Hassreden in ganz Europa gehören - Roma und LGBTQ+ Menschen, insbesondere Transgender-Personen. Selbst diejenigen, die lediglich als LGBTQ+ angesehen werden, stehen im Fokus solcher Angriffe. Eine weitere Gruppe sind Menschen mit Behinderungen, die ebenfalls als Ziel von Hassreden erwähnt werden.

Ein interessanter Punkt ist das Missverhältnis zwischen den Gruppen, die in der Tschechischen Republik als Ziel von Hassreden identifiziert wurden, und ähnlichen Gruppen in anderen Ländern. Nach den Erkenntnissen von gemeinnützigen Organisationen, die sich mit Hasskriminalität befassen, richten sich Hassreden am häufigsten gegen Roma (49 %), Muslime (23%) und Geflüchtete (9 %), wobei sich die letzten beiden Kategorien in der Regel überschneiden.

Es scheint, dass sich die Tschechische Republik, in der es erst seit kurzem Hassreden und Maßnahmen gegen Hassreden gibt, bisher nur auf die extremen Fälle von Rassismus konzentriert hat, während subtilere Fälle, z. B. in Bezug auf LGBTQ+ oder Menschen mit Behinderungen, noch nicht behandelt wurden. Ein Merkmal, das die Tschechische Republik auszeichnet, ist das hohe Maß an verbalen Angriffen gegen NGO-Mitarbeiter*innen, insbesondere solche, die mit Geflüchteten zu tun haben.

Zu den Gruppen, die am häufigsten Zielscheiben von dokumentierter Diskriminierung, Hassverbrechen, negativen Stereotypen und Hassreden werden, gehören:

- Migrant*innen/Geflüchtete
- People of Colour
- Muslime
- Jüd*innen
- Sinti*zze und Rom*nja
- LGBTQ+ Personen
- Menschen mit Behinderung



II. Hate Speech-Kontexte

Treffen Sie Marion

Beispiel 2

Treffen Sie Marion. Marion lebt in der portugiesischen Stadt Coimbra. Sie ist 61 Jahre alt und hat bereits Urenkelkinder. Marions Mutter ist Romni und ihr Vater ist Portugiese. Sie ist stolz darauf, dass sie viele Roma-Bräuche in ihrem täglichen Leben beibehält, auch wenn sie sich nicht so kleidet. Die Familie ihrer Mutter stammt aus Lissabon und alle ihre Roma-Verwandten, die in Lissabon leben, sind berufstätig (hauptsächlich in der Industrie) und sozial gut integriert. Sie hat den Eindruck, dass die Roma-Gemeinschaft in Coimbra nicht vereint ist. Nach Marions Ansicht sind Porto, Lissabon und Leiria anders, weil die Roma-Gemeinschaften dort zusammenhalten und viele Initiativen im Zusammenhang mit ihren Traditionen durchführen. In Coimbra hat Marion mehr Nicht-Roma-als Roma-Freunde.

Seit 2008 hat Marion an mehreren Eingliederungsprojekten teilgenommen, wobei sie eineinhalb Jahre lang Vollzeit gearbeitet hat und die restliche Zeit Ausbildungsbeihilfen oder Zuschüsse erhalten hat. Während ihrer Tätigkeit als Reinigungskraft erhielt sie reduzierte Sozialversicherungsleistungen. Danach arbeitete sie eineinhalb Jahre lang im sozialen Bereich. Ihr Mann verkauft Backwaren aus einem Verkaufswagen, aber die Pandemie hat sein Geschäft sehr erschwert.

Als ihre Kinder noch klein waren, erlebte sie viel Diskriminierung. Sie erinnert sich daran, wie sie mit ihrer Tochter, die hohes Fieber hatte und sich übergeben musste, im Kinderkrankenhaus war. Der Wartebereich des Krankenhauses war überfüllt. Als sie sich darüber beschwerte, dass es zu lange dauerte, bis sie einen Termin bekam, und dass ihre Tochter sehr krank war, antwortete der Angestellte am Schalter: "Ihr *Z-Wort* habt die Angewohnheit, hierher zu kommen und zu denken, dass man sich sofort um euch kümmern muss". Die Angestellte rief einen Arzt und sagte: "Hier ist eine *Z-Wort*, die schon schreit, weil sie gesehen werden will".

Marion erwiderte, dass sie einen Ausweis und einen Namen habe und nicht *Z-Wort* heiße. Der Arzt, der ihre Tochter schließlich behandelte, war sehr nett zu ihr und sagte ihr, sie solle sich keine Sorgen über das Verhalten der Sprechstundenhilfe machen.

Ein weiterer Fall von Diskriminierung ereignete sich, als Marion mit ihrer Mutter spazieren ging. Auf einem Balkon saß eine Frau, die ein Baby stillte. Als sie Marion und ihre Mutter vorbeigehen sah, sagte sie: "Schau, Liebling. Iss. Da ist eine *Z-Wort*, die nimmt die Babys mit, die nicht essen wollen". Marions Mutter entgegnete, dass Roma keine Babys stehlen und dass sie mit solchen Aussagen vorsichtig sein sollte, da auch weiße Menschen Kinder misshandeln. Marion erinnert sich, dass ihre Mutter eine ausdrucksstarke Art zu sprechen hatte, während Marion selbst die Dinge gerne durchdenkt, bevor sie spricht. Sie ist entschlossen, sich auf jede erdenkliche Weise zu verteidigen, aber immer höflich. Sollte Marion jedoch in eine Situation kommen, in der sie ernsthaft diskriminiert wird, würde sie die Polizei rufen.

Marion glaubt, dass Roma in ihrer Heimatstadt keine Arbeit bekommen. Sehr oft bewerben sich Mitglieder ihrer Familie auf freie Stellen und vereinbaren Vorstellungsgespräche, aber sie werden nie angerufen. Die Vorstellung, dass die Roma stehlen und nicht arbeiten wollen, ist immer noch sehr präsent. Aus diesem Grund mussten einige Mitglieder ihrer Familie in eine andere Stadt ziehen, um Arbeit zu finden.

Marion ist der Meinung, dass die Arbeit der wichtigste Teil des Lebens ist. Einen Anfang und ein Ende zu haben, seine Rechte und Pflichten zu kennen, ist sehr wichtig für das Selbstwertgefühl und das Selbstverständnis, sagt sie. Sie ist der Meinung, dass es besser ist, zu arbeiten, als Sozialhilfe zu beziehen. Vor allem, weil die Sozialhilfe nicht ausreicht und viele Menschen dazu verleitet, Straftaten zu begehen oder in zwielichtige Geschäfte verwickelt zu werden, was wiederum dem Image der Roma schadet.

II. Hate Speech-Kontexte

Was ist Intersektionalität?

Der Begriff Intersektionalität wurde erstmals 1989 von der amerikanischen Soziologin Kimberlé Crenshaw geprägt. Obwohl er seither in der relativen Stille der akademischen Sozialwissenschaften verwendet, neu konzeptualisiert und breit diskutiert wurde, haben ihn die jüngsten politischen Entwicklungen zu einem viralen Schlagwort gemacht. Dieser Wandel hat zu Verwirrung geführt und seine ursprüngliche Bedeutung unklar gemacht. Unabhängig davon, wie sehr der Begriff in den Medien und in der öffentlichen Debatte falsch interpretiert wird, hat er selbst seinen analytischen Wert nicht verloren. Crenshaw verwendete den Begriff, um zu beschreiben, wie sich strukturelle Merkmale wie Herkunft, Geschlecht und kulturell Zugehörigkeit überschneiden und wie die besondere "Schnittmenge" dieser Merkmale zu einer Anhäufung von Ungleichheiten im Leben einer Person führt. [14]

Wir erzählen die Geschichte von Aura, einer in Portugal lebenden Brasilianerin, um die Intersektionalität zu veranschaulichen. Sie hat in ihrem Haus ein Kosmetikstudio eingerichtet, in dem sie ihre Kund*innen bedient. Sie erhält oft Anrufe von Menschen, die nach sexuellen Dienstleistungen fragen. Aura sagt, das liege daran, dass sie eine Frau aus Brasilien sei. Wenn Kunden erfahren, dass sie keine Prostituierte ist und keine sexuellen Dienstleistungen anbietet, fragen sie sie manchmal: "Aber sind Sie keine Brasilianerin?". Sie hat sogar schon Menschen erlebt, die sich bei ihr massieren ließen, sich dann aber auszogen, weil sie dachten, die Massage sei sexuell. Aura verweist auf das in der portugiesischen Gesellschaft bestehende Klischee über brasilianische Frauen, die in andere Länder ziehen, um dort als Sexarbeiterinnen zu arbeiten und "Familien zerstören".

Auras individuelle Erfahrung ist durch ihr Geschlecht und ihre Nationalität geprägt; ihr täglicher Kampf mit Kund*innen oder solchen, die sich ausziehen, ist das Resultat des Zusammenspiels dieser beiden Faktoren (Geschlecht + Nationalität). Auras Erfahrung mit schädlichen Stereotypen und Diskriminierung lässt sich nicht einfach mit dem Hinweis auf die eine oder andere Kategorie erklären. Es ist die Überschneidung ihrer verletzlichen Position als Migrantin UND Frau, die ihre Lebenserfahrung in der portugiesischen Gesellschaft bestimmt.

Wenn wir Auras Erfahrung aus einer intersektionalen Perspektive betrachten, können wir auch erklären, warum Verhaltensweisen und Praktiken, die vielleicht nicht als schädlich angesehen werden (z.B. von einer brasilianischen Frau bestimmte Dienstleistungen zu erwarten), in Wirklichkeit rassistisch und diskriminierend sind, weil sie auf tief verwurzelten Vorurteilen darüber beruhen, wie sich eine Person mit ihren Eigenschaften (Frau, Migrantin, Brasilianerin) verhalten sollte und welchen Platz sie in der Gesellschaft einnimmt. Die Intersektionalität kann uns helfen zu erklären, wie Diskriminierung durch Ausnutzung von Schwachstellen entsteht, die durch die grundlegenden Machtstrukturen unserer Gesellschaft verursacht werden. Diskriminierende Verhaltensweisen werden in individuellen Begegnungen gezeigt, und diskriminierende Praktiken werden sicherlich von Einzelpersonen übernommen. Sie würden jedoch nicht verschwinden, wenn diese Begegnungen vermieden oder die Menschen aufgeklärt würden. Die Theorie der strukturellen Ungleichheit, die die Grundlage des intersektionellen Ansatzes bildet, erklärt beispielsweise den in Institutionen und Gewohnheiten eingebetteten Rassismus, der sich auf alle Bereiche unserer Gesellschaft auswirkt, vom Bildungssystem bis hin zur staatlichen Überwachung.

[14] <https://scholarship.law.columbia.edu/books/255/>

In seinem bahnbrechenden Werk über den strukturellen Rassismus in den USA analysiert der Soziologe Loïc Wacquant die strukturelle Unterdrückung der afroamerikanischen Bevölkerung in der US-amerikanischen Gesellschaft und identifiziert die wichtigsten "Kategorien bildenden" Institutionen (Sklaverei, das Jim-Crow-System und das, was er in Anlehnung an die territoriale Segregation der Schwarzen als Ghetto bezeichnet). Er weist jedoch darauf hin, dass diese Institutionen

"... nicht einfach eine ethnisch-kategorische Trennung vornehmen, die irgendwie außerhalb und unabhängig von ihnen existieren würde. Vielmehr produziert (oder koproduziert) jede von ihnen diese Teilung (neu) aus ererbten Abgrenzungen und Ungleichheiten der Gruppenmacht und schreibt sie in jeder Epoche in eine unverwechselbare Konstellation von materiellen und symbolischen Formen ein." [15]

Im Kontext dieses Kompendiums ist der intersektionale Ansatz und der Fokus auf die Akkumulation struktureller Ungleichheiten entscheidend, weil er die individuellen Erfahrungen der hier vorgestellten Menschen in den Kontext nationaler und globaler Strukturen stellt, die ihre Alltagserfahrungen prägen. Nicht zuletzt muss der intersektionale Ansatz auch eine Grundlage für mögliche Interventionen gegen Hassreden und Diskriminierung sein. Denn in Anbetracht dessen, was gerade über Auras und der vieler anderer ähnlichen Geschichten gesagt wurde, ist es unmöglich, den Schaden zu erkennen, der den von Hassreden betroffenen Menschen zugefügt wird, ohne deren strukturellen Aspekt anzuerkennen.

[15] <https://newleftreview.org/issues/ii13/articles/loic-wacquant-from-slavery-to-mass-incarceration>



II. Hate Speech-Kontexte



Treffen Sie Romana

Beispiel 3

Romana ist eine 40-jährige Frau aus Tschechien, die ihren Partner vor sieben Jahren verließ, nachdem sie häusliche Gewalt erlebt hatte. Sie hat zwei Kinder aus dieser Beziehung und zieht sie allein auf. Als sie ihren Partner verließ, konvertierte sie zum Islam. Seitdem ist sie verbalen Angriffen sowohl von ihrem Ex-Partner als auch in der Öffentlichkeit ausgesetzt. Sie erzieht ihre Kinder so, dass sie offen sind und sie ihren eigenen Glauben wählen können. Ihre ältere Tochter ist ebenfalls zum Islam konvertiert.

Romana ist nicht in der Öffentlichkeit aktiv. Sie erlebt häufig Diskriminierung im öffentlichen Raum, vor allem in öffentlichen Verkehrsmitteln und an Bushaltestellen, also an Orten, an denen sich viele Menschen versammeln und die sie unmöglich verlassen kann. Sie hat auch schon Diskriminierung in Geschäften erlebt, allerdings weniger häufig. Romana sagt, dass die Leute dort nur "quatschen". Die Situation entwickelt sich immer auf ähnliche Weise: Die angreifende Person bemerkt sie in einer Gruppe von Menschen und beginnt, sie verbal anzugreifen. Die Angreifenden sind hauptsächlich männlich. Jüngere Jungen und Jugendliche neigen dazu, sie zu verhöhnen (sie schreien "Bombe!"), ältere Männer und Senioren beschimpfen sie. Romana stellt außerdem fest, dass die Täter oft auch betrunken sind.

Romana berichtet, dass sie noch nie Hilfe oder Unterstützung von Unbeteiligten erfahren hat. Sie beschreibt die schlimmste Situation, die sie je erlebt hat. Während einer Busfahrt mit ihrer älteren Tochter waren ein älterer Mann und (vermutlich) sein Enkel während der gesamten Fahrt sehr unhöflich zu ihnen. Der Mann sagte zu seinem Enkel: "Wenn du einen Zigeuner oder einen Muslim siehst, musst du ihn auf der Stelle töten. Keiner setzte sich für sie ein." Als sie schließlich aus dem Bus stiegen, brachen sie beide in Tränen aus.

Diese Erfahrung hat Romana dazu veranlasst, Situationen zu meiden, in denen die Gefahr von verbalen Angriffen besteht, was bedeutet, dass sie öffentliche Verkehrsmittel meidet. Dies hat zu einer erheblichen Einschränkung ihrer Mobilität geführt.

Vor der Pandemie besuchte Romana gerne den Wenzelsplatz im Prager Stadtzentrum, weil er mit Touristen aus aller Welt, auch aus muslimischen Ländern, bevölkert war und sie sich dort sicher fühlte. Jetzt ist das für sie nicht mehr möglich. In der Regel läuft sie mit gesenktem Kopf durch die Stadt und versucht, Blickkontakt zu vermeiden. Sie fühlt sich nur zu Hause oder bei den von der muslimischen Gemeinschaft organisierten religiösen Treffen sicher.

Ebenso sucht sie nur bei befreundeten Muslim*innen nach Arbeit. Außerhalb der muslimischen Gemeinschaft würde sie nur in Jobs arbeiten, die keinen persönlichen Kontakt mit Kunde*innen oder Kollege*innen erfordern (z. B. in einem Callcenter). Die Arbeit in einem Kebab-Kiosk, die Reinigung von Botschaften oder das Babysitten innerhalb der muslimischen Gemeinschaft sind für sie akzeptable Möglichkeiten. Während der Covid-19-Pandemie hat sie die Arbeit im Home Office als sehr angenehm wahrgenommen.

Leichtere Angriffe ignoriert Romana und verarbeitet die schlimmsten nur, indem sie zu Hause oder mit Freund*innen darüber spricht. Nach einer Weile lässt der Schmerz, der durch diese Erlebnisse verursacht wird, in der Regel nach.

Romana will nicht umziehen und die Tschechische Republik verlassen, weil sie nicht versteht, warum sie nachgeben und aus ihrer Heimat vertrieben werden soll. Sie weiß auch, dass sie das Kopftuch aufgeben oder etwas anderes tragen kann. Sie kennt "Schwestern", die das getan haben, aber sie will es nicht tun.

Romanas Erfahrungen mit institutioneller Unterstützung sind überwiegend negativ. In ihrem Fall von häuslicher Gewalt wollte die Polizei Beweise, Aufzeichnungen etc., aber angesichts der Art des Verbrechens war es unmöglich, diese zu erhalten. Der Fall wurde als Anschuldigung ohne die erforderlichen Beweise behandelt, weshalb ihr Ex-Partner nicht verurteilt wurde. Ihre jüngere Tochter wurde in der Schule gemobbt und hatte deshalb psychische Probleme, aber niemand in der Schule half ihr. Auch ihre Erfahrungen mit der Kinderschutzbehörde waren ausgesprochen schlecht. Die lokale Behörde stellte Romanas Fähigkeit, sich um ihre Kinder zu kümmern, ständig in Frage, was laut Romana auf ihre feindselige Haltung gegenüber dem Islam zurückzuführen war.

Die einzige positive Erfahrung, die sie gemacht hat, war die mit einem Anwalt aus der muslimischen Gemeinschaft, der ihr sowohl vor Gericht im Umgang mit ihrem Ex-Partner (wobei Romana auch die Tatsache schätzte, dass er als Mann eine schützende Rolle spielte) als auch bei der Kinderschutzbehörde half. Die Intervention des Anwalts führte dazu, dass der mit ihrem Fall befasste Beamte ausgetauscht wurde.

II. Hate Speech-Kontexte

Kontexte Wann und Wo

Hassrede findet praktisch überall statt. Es gibt jedoch drei Hauptbereiche, in denen sie anzutreffen ist.

- Online
- In Institutionen und bei Begegnungen mit Behörden
- Auf der Straße und auf öffentlichen Plätzen

Die meiste Aufmerksamkeit wird seit langem dem Cyberspace gewidmet. Online-Hassreden sind ein Phänomen, das auf vielen Ebenen sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der populären Literatur behandelt wird. Online-Hassreden werden häufig durch historische Ereignisse im In- und Ausland ausgelöst. Seit dem „Sommer der Migration“ werden beispielsweise eingewanderte Menschen zunehmend zur Zielscheibe. Rechtsextreme oder Rechtspopulisten sind oft bei der Anstiftung von Hassreden, die über spezielle Propagandainstrumente verbreitet werden, beteiligt. Sie sind auch an so genannten Mob-Attacken beteiligt, das heißt an Aktionen auf ausgewählten Webseiten, die sie mit hasserfüllten Kommentaren überfluten. Diese Taktik wird in der Regel als eine Form von Cybermobbing betrachtet.

Zwei der wichtigsten Ergebnisse unserer Forschung sind, dass a) in der alltäglichen Lebenserfahrung unserer Befragten die Online- und Offline-Sphären nicht wirklich voneinander getrennt sind und b) Hassreden in der Offline-Welt tendenziell einen stärkeren Einfluss auf sie haben.



Obwohl es Unterschiede zwischen Online- und Offline-Situationen gibt und Täter*innen, Ziele und Umstände in beiden Bereichen variieren, ändert dies nichts an der Tatsache, dass die Hauptziele von Online-Hassreden Eingewanderte, Ausländer*innen, Roma, Muslime, Frauen oder Menschen aus der LGBTQ+-Gemeinschaft sind.

Weitere Orte, an denen Hassreden vorkommen, sind Schulen, öffentliche Einrichtungen, Polizeistationen und Arbeitsplätze. In diesen Kontexten können wir sowohl direkte Hassreden als auch verschiedene Arten von Mikroaggressionen und unbewusste Formen von Diskriminierung oder unsensiblem Verhalten feststellen. Ein Beispiel für ein solches Verhalten ist die niederländische Tradition des "Black Pete", die sich nicht direkt gegen „People of Colour“ richtet, jedoch durch die Reproduktion rassistischer und kolonialer Stereotype als diskriminierend empfunden wird. Das Beispiel von "Black Pete" zeigt, wie dünn das Eis in der Frage der Hassrede sein kann und wie kontextabhängig sie ist. Es handelt sich um eine Praxis, die von vielen als nicht rassistisch und einfach als "traditionell" wahrgenommen wird. Für Menschen, die von einer solchen Diskriminierung betroffen sind, fühlen sich jedoch verletzt davon.

Hassreden finden sehr oft an öffentlichen Orten statt. Öffentliche Verkehrsmittel und Kaufhäuser sind in diesem Rahmen häufig anzutreffen, da dies Orte sind, an denen viele Menschen zusammenkommen und Zeit verbringen. Die Konzentration von vielen Menschen und die längere Verweildauer an diesen Orten schaffen Situationen, in denen es zu verbalen Angriffen kommt. Der Auslöser ist in der Regel die bloße Anwesenheit von Personen, die sichtbar einer Minderheit angehören.

Aus der Beschreibung von Hassrede-Kontexten folgt, dass ein erheblicher Teil der europäischen Bevölkerung praktisch überall möglichen verbalen Angriffen ausgesetzt ist. Obwohl wir oft an Online- und Offline-Hassreden als getrennte Entitäten denken, sind diese für Migrant*innen oder LGBTQ+-Menschen nur zwei verschiedene Seiten derselben Medaille.

Nicht zuletzt muss darauf hingewiesen werden, dass verbale Angriffe nicht nur von der Mehrheit gegenüber Minderheiten erfolgen können, sondern dass ähnliche Angriffe auch unter den Minderheiten selbst vorkommen, wie im Fall der kurdischen und türkischen Minderheiten in Deutschland.



Photo by kate.sade on Unsplash

II. Hate Speech-Kontexte



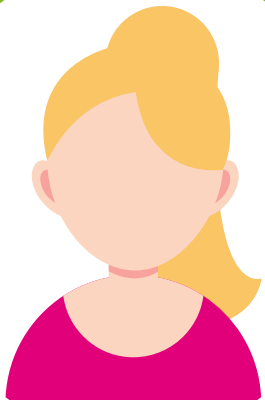
Treffen Sie Lia Beispiel 4

Lia wurde 1964 in Rom geboren und ist die Tochter von zwei Shoah-Überlebenden. Lia arbeitet als Journalistin und Verlegerin. Ihre Eltern waren noch Kinder, als 1938 die antijüdischen Gesetze des Mussolini-Regimes erlassen wurden. Während der daraufhin beginnenden Verfolgungen entkam ihr Vater durch Zufall einer Messerstecherei und musste während der gesamten neunmonatigen Besetzung Roms durch die Nazis in einem Kloster Zuflucht suchen. Ihre Mutter fand zunächst Zuflucht auf dem Lande und später, nach der Flucht über die Alpen, in der Schweiz. Lia hat ihre Familiengeschichte als Inspiration für ihr Schreiben über die italienisch-jüdische Gemeinschaft und den Antisemitismus von rechten und linken Parteien genutzt. Auf diese Weise ist sie zu einer der führenden jüdischen Schriftstellerinnen Italiens geworden.

Lia erinnert sich an eine kürzlich stattgefundene Veranstaltung - die Online-Präsentation ihres neuesten Buches mit dem Titel "The Desert Generation" - die von der Turiner Gruppe für Hebräische Studien und dem Institut für die Geschichte des Widerstands organisiert wurde. Wenige Minuten nach Beginn des Vortrags eines Gastredners begann das Zoom-Bombardement (ein koordinierter Angriff von Personen, die sich in Videokonferenzen einschalten, um diese zu stören). Die Angreifer*innen meldeten sich mit falschen Profilen bei der Online-Veranstaltung an und riefen: "Seit wann darf eine Jüdin Bücher veröffentlichen?", "Juden in die Öfen", "Versteckt euch". Auf den Bildschirmen der Teilnehmenden begannen Bilder von Adolf Hitler zu erscheinen, während *Faccetta nera* (eines von Mussolinis populären Liedern) als musikalischer Hintergrund verwendet wurde.



II. Hate Speech-Kontexte



Treffen Sie Ela

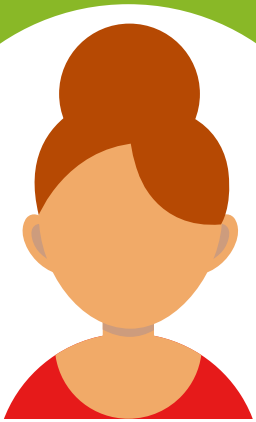
Beispiel 5

Sie ist 30 Jahre alt und arbeitet als Künstlerin. Nach der Trennung ihrer Eltern zog sie im Alter von sieben Jahren mit ihrer Mutter, die ebenfalls Künstlerin ist, aus Osteuropa nach Deutschland. Da ihre Mutter eine Künstlerin war und sich sehr extravagant kleidete, war sie in ihrem Dorf immer ein Gesprächsthema. Infolgedessen wurde Ela diskriminiert, weil sie sich anders kleidete als ihre Klassenkamerad*innen in der Schule. Heute bezeichnet sich Ela selbst als jemand, der nicht den gängigen Schönheitsnormen entspricht. In diesem Zusammenhang spricht sie von „Lookism“ und erzählt von vielen Angriffen gegen sie aufgrund ihres Aussehens und stellt fest, dass diese sowohl auf Rassismus als auch auf Sexismus beruhen.

Als Künstlerin, die viel Zeit in den sozialen Medien verbringt, ist Ela auch aggressiven Kommentaren ausgesetzt. Sie antwortet immer direkt auf diese Kommentare und setzt sich entschieden gegen Sexismus ein. Sie nutzt verschiedene Methoden der Gegenrede. Sie wurde auch von ihrer Agentur und ihrem Stylisten wegen ihrer Körperform unter Druck gesetzt.

Ela weist darauf hin, dass die Unterhaltungsindustrie schädliche Geschlechterrollen und Körperbilder aufrechterhält und sie ist entschlossen, dagegen anzukämpfen. Ela kämpft damit, für ihr Talent anerkannt zu werden, weil sie nicht in die üblichen Normen für weibliche Schönheit passt. Auf diese Weise setzt sich die Diskriminierung, die sie in ihrer Kindheit erfahren hat, auch in ihrem Arbeitsumfeld fort.

Ela erinnert sich an viele diskriminierende Erfahrungen aus ihrer Schulzeit. Auslöser waren die Wahl ihrer Kleidung, die anfänglich fehlenden Deutschkenntnisse, aber auch Vorfälle im Sportunterricht. Zum Beispiel war sie bei Sportveranstaltungen oft die letzte Wahl oder ihre Sportkleidung und ihr Rucksack wurden in einen Mülleimer geworfen. Im Hinblick auf ihre mangelnden Deutschkenntnisse bestand ihre Strategie darin, sich besonders anzustrengen, um schnell Deutsch zu lernen. Sie schaffte es, innerhalb eines halben Jahres Deutsch zu lernen und war immer eine gute Schülerin. Für diese Bemühungen erhielt sie von ihrer Lehrerin Anerkennung und Lob. Dieses Lob wurde jedoch gegen sie verwendet, da es andere Eltern veranlasste, ihre Kinder unter Druck zu setzen. Sie sagt, dass sie in der Grundschule eigentlich keine Freunde hatte. Erst an einem Gymnasium mit künstlerischem Schwerpunkt gelang es ihr, sich von Diskriminierung und Fremdbestimmung zu befreien. Hier fand sie Freunde.



II. Hate Speech-Kontexte

Treffen Sie Lena

Beispiel 6

Dürfen wir vorstellen: Lena. Lenas Familie stammt aus der Ukraine. Ihre Eltern zogen im Jahr 2000 nach Tschechien, als Lena 9 Jahre alt war. Sie besuchte sofort eine tschechische Schule, ohne ein Wort Tschechisch sprechen zu können. Im Jahr 2020 erwarb sie einen Master-Abschluss. Sie spricht jetzt perfektes Tschechisch ohne jeden Akzent, hat einen tschechischen Mann geheiratet und trägt daher einen tschechischen Nachnamen. Im Gegensatz zu ihren Eltern gelang es ihr 2015, als Migrantin der zweiten Generation die tschechische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Sie fühlt sich in Tschechien zu Hause und möchte nirgendwo anders hinziehen, vor allem jetzt, wo sie Kinder hat und nachdem sie selbst als Kind die Migration erlebt hat. Insgesamt und im Laufe der Zeit hat die Tendenz, Opfer von Hassreden zu werden, abgenommen, da sie Tschechisch gelernt, durch Heirat einen tschechischen Nachnamen erworben und vor allem einen tschechischen Ausweis erhalten hat. Im Gegensatz zu ihren Eltern, die keinen tschechischen Ausweis und einen ausländischen Akzent hatten, ist sie jetzt in der Tschechischen Republik praktisch unsichtbar.

Diese abnehmende Tendenz zeigt sich auch in ihren Erfahrungen mit Hassreden in der Schule. Als sie in der Grundschule war, gehörten Hassreden zum Alltag. In der weiterführenden Schule wurde sie ständig von zwei Lehrkräften angegriffen. An der Universität gab es mehrere zufällige Situationen mit verschiedenen Mitarbeiter*innen - Dozierende, Professor*innen und Verwaltungsangestellte.

Einer dieser Fälle ereignete sich, als Lena einige Nachzahlungen im Zusammenhang mit ihrer Krankenversicherung regeln musste. Sie ging zum Studierendenbüro und bat um ein Dokument, das ihr den Besuch der Universität bestätigte. Da sie zu diesem Zeitpunkt perfekt Tschechisch sprach, war die Frau in der Verwaltung zunächst sehr freundlich und bereit, ihr bei der Lösung ihres Problems zu helfen. Als sie jedoch nach ihrem Ausweis fragte und Lena ihren ukrainischen Reisepass herausholte, änderte sich die Situation schnell. Die Frau fing an, Lena zu beschimpfen, weil ihre Krankenversicherung nicht in Ordnung war, und stellte einen Zusammenhang zwischen Unordnung und der Ukraine her. Irgendwann hustete Lena, woraufhin die Frau noch aggressiver wurde und sie verbal aus dem Büro warf, weil sie nicht von Lena und ihrer Krankheit angesteckt werden wolle. Als Lena einwendet, dass sie sich beim Husten den Mund zugehalten hat, glaubt ihr die Frau nicht und sagt: "Du hast keine Manieren".

Lena wusste nicht, was sie bei solchen Anlässen während ihres Studiums tun sollte. Sie wollte ihr Studium beenden, hatte aber Angst, dass ihr Studium beeinträchtigt werden könnte, wenn sie eine Gegenrede hält, sich lautstark verteidigt oder solche Dinge öffentlich macht, da sich jemand an ihr rächen würde.



II. Hate Speech-Kontexte

Treffen Sie Mateo

Beispiel 7

Mateo is queer [16] (zieht es vor, mit männlichen Pronomen angesprochen zu werden) und ist 25 Jahre alt. Er setzt sich seit der 8. Klasse mit seiner Geschlechtsidentität auseinander und wird seitdem deswegen diskriminiert (zusätzlich zu seiner Diskriminierung als „PoC“). Mateo wird in der Schule, bei der Arbeit, auf der Straße und in allgemeinen Alltagssituationen mit Hassreden konfrontiert.

Fragen wie "Was bist du?" sind typisch für Situationen, in denen er mit Hassreden konfrontiert wird. Er sagt auch, dass er von Fremden angestarrt und von oben bis unten durchleuchtet wird. Außerdem berichtet Mateo von abfälligen Äußerungen wie "Hau ab" oder "Verpiss dich". Wenn er sich erklärt und über seine Geschlechtsidentität spricht, stößt er oft auf Unverständnis und bekommt Dinge gesagt wie "Hm, du musst zur Beratung". Menschen sind ihm gegenüber oft kalt, ignorieren ihn oder antworten nicht auf seine Fragen. Während des Interviews sprach Mateo vor allem über Männer, die ihn diskriminierten und beleidigten; er sagte auch, dass viele junge Menschen besser auf ihn reagieren. Es sind vor allem ältere Menschen, die ihn anstarren oder beleidigen.

Zusätzlich dazu, wird er auch wegen seiner Herkunft diskriminiert (er wurde z. B. wegen seiner lateinamerikanischen Herkunft als Drogendealer bezeichnet). Mateo sprach jedoch hauptsächlich über seine Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit seiner Geschlechtsidentität.

Ein Vorfall, der ihn immer noch zu beschäftigen scheint, ereignete sich, als Mateo in einem kleinen Unternehmen arbeitete, wo er ansonsten mit allen im Team gut auskam. Es gab jedoch einen Kollegen, der mit allen anderen sprach, nur nicht mit ihm. Das Seltsame daran war, dass alle anderen im Team diesen Kollegen in den höchsten Tönen lobten. Mateo hatte das Gefühl, dass dieser Kollege immer wütend auf ihn war. Daher kam auch die seltsame Atmosphäre am Arbeitsplatz. Irgendwann hat dieser Kollege gekündigt. Mateo ist offenbar immer noch traurig über diese Situation und sagt, er hätte gerne mit dem Kollegen gesprochen und ihm gesagt, dass er ein ganz normaler Mensch ist.

[16] Der Begriff "queer" hat eine kontroverse Geschichte und kann als beleidigend empfunden werden. Zunächst als abwertender Begriff gegen LGBTQ+-Minderheiten verwendet, wurde der Begriff bald mit Stolz von diesen übernommen. Wir verwenden ihn hier in dieser neuen, ermächtigenden Bedeutung. Weitere Informationen über die Geschichte dieses Begriffs finden Sie unter anderem auf https://www.cjr.org/language_corner/queer.php

Unmittelbare Antworten

Die unmittelbaren Reaktionen sind sehr unterschiedlich, je nach Kontext, spezifischer Situation, persönlicher Lage und den Gefühlen der von Diskriminierung betroffenen Personen.

Die meisten Menschen, die von Hassreden betroffen sind, beschreiben deren unmittelbare Auswirkungen mit sehr ähnlichen Begriffen: Wut, Stress und Traurigkeit. Viele der Befragten erwähnen keine Angst, sondern sprechen von Hilflosigkeit, die langfristig zu einer Veränderung ihres Verhaltens führen kann. Typischerweise sinkt mit der Zeit die Bereitschaft, die Umstände, unter denen sie angegriffen werden, zu erklären. Das bedeutet, dass sie sich allmählich zurückziehen. Eine der Befragten gab beispielsweise an, dass sie bei ihrer Ankunft in Portugal ein großes Bedürfnis verspürte, sich gegen Hassreden zu wehren. Sie tat dies, indem sie defensive Erklärungen abgab, um zu erklären, dass sie zum Beispiel einen anständigen Job habe und Steuern zahle. Nach einiger Zeit gab sie diese aktive Haltung jedoch auf, fand sich mit der Situation ab und begann, Hassreden zu ignorieren.

Die meisten unserer Befragten berichten, dass die kurzfristige Wirkung von Hassreden etwa zwei Tage anhält. Danach müssen sie das Ereignis mehrmals mit einer ihnen nahestehenden Person durchgehen. Das hilft ihnen zu klären, was genau passiert ist, und die ganze Situation zu bewältigen.

Einige Befragte berichteten, dass sie versuchen, verbale Angriffe zu ignorieren, sei es in der Öffentlichkeit oder online. Sie versuchen, verbale Konflikte oder Konflikte, die eskalieren und zu körperlicher Gewalt führen können, zu vermeiden.

In vielen Fällen ist der Widerwille, aktiv auf Hassreden zu reagieren, auf den sich wiederholenden Angriffe zurückzuführen - die Befragten sind einfach zu müde und erschöpft, wollen sich nicht noch einmal erklären und fühlen sich resigniert und passiv. Sie haben Diskriminierung schon so oft erlebt, dass sie ihnen fast "normal" vorkommt. Andere Befragte weisen jedoch deutlich darauf hin, dass dies keine gute Strategie sei.

Von mehreren Befragten wird außerdem empfohlen, in irgendeiner Weise zu reagieren, d. h. eine Gegenrede zu halten. Es gibt keine allgemeingültige Anleitung, wie man eine Gegenrede hält, und es hängt immer vom Kontext, der Situation, der Stimmung etc. ab. Eine Befragte aus Deutschland erklärte beispielsweise, dass sie beabsichtigt, eine Gegenrede zu halten und andere zu verteidigen, wenn sie von Hassreden betroffen ist, auch wenn dies nicht immer möglich ist. Sie erzählte von einer Situation, in der sie mit einer rassistischen Beleidigung konfrontiert wurde, die sie jedoch ignorierte, weil es noch zu früh am Morgen war und sie auf dem Weg zur Arbeit war.

Im öffentlichen Raum findet Counter Speech in der Regel in Form einer Debatte mit den Angreifer*innen statt. Eine häufige Reaktion ist der Versuch, den Angriff mit Humor zu nehmen. Mehrere Befragte gaben ihre Reaktionen auf einen verbalen Angriff an, wie z. B. "Woher kommst du?" (mit Hinweis auf die Herkunft, die Hautfarbe oder ein muslimisches Kopftuch) mit "Ich komme aus der benachbarten Stadt" (oder aus einer bestimmten Stadt).

Auf diese Weise ist es möglich, dem Angreifenden im übertragenen Sinne die Pistole aus der Hand zu schlagen und darauf hinzuweisen, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Land geboren (und oft auch dort ansässig) sind.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass unsere Befragten nur selten eine Counter Speech Strategie anwenden. Obwohl sie angaben, dass sie gerne eine Gegenrede halten würden, tun sie es letztlich aus den oben genannten Gründen oftmals nicht. Einige Befragte empfehlen, überhaupt nicht zu reagieren und die Sache auf sich beruhen zu lassen. Für andere ist dies inakzeptabel und sie sind unschlüssig, was zu tun ist. Vor allem für diejenigen, die Erfahrung mit öffentlichem Aktivismus haben, ist es jedoch gut, zu reagieren, denn nicht zu reagieren kann wie ein Schuldeingeständnis wirken.

Einig waren sich alle Befragten darin, dass, wenn schon eine Reaktion erfolgen muss, diese keinesfalls aggressiv und hasserfüllt sein darf, um keine Konflikte zu provozieren. Der Wunsch, ruhig und einigermaßen hilfsbereit zu bleiben, ist einer der Punkte, in denen sich praktisch alle Befragten, egal aus welchem Land sie kommen, einig waren.



photo by Kat Smith on Pexels

Reaktionen auf Hassreden im Cyberspace bedürfen eines zusätzlichen Ansatzes. Die Palette der Reaktionen umfasst Ignorieren und Diskutieren, aber einige Befragte berichteten, dass eine gute Strategie darin besteht, gegen sie gerichtete beleidigende Äußerungen auf ihren Webseiten oder in den Medien zu veröffentlichen (dies gilt für öffentlich aktive Personen). Ihrer Ansicht nach hat dies einen doppelten Zweck:

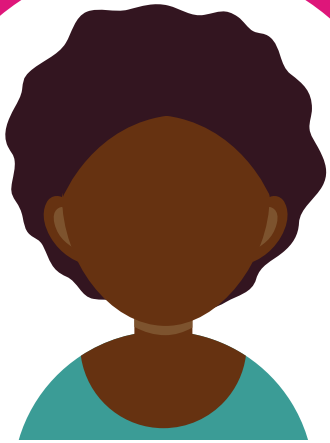
1) Es de-anonymisiert die Täter*innen und

2) Die von Hassreden betroffenen Personen können beweisen, dass der verbale Angriff stattfindet, da viele Menschen, einschließlich ihrer engsten Vertrauten, dazu neigen, ihn als nicht existent und unreal anzusehen. Einige Befragte hingegen halten diese Strategie für zweifelhaft. Eine Befragte aus Italien bringt dies wie folgt auf den Punkt, als sie über ihre Reaktion auf Hassreden im Internet nachdenkt:

"Kürzlich habe ich einen Fehler gemacht: Ich habe ein Foto von der Nachricht eines Mannes gemacht, der mich beschuldigte, Geld für einen Artikel über eine Pro-Covid-19-Impfung zu bekommen, den ich geschrieben hatte. Ich postete auf Twitter sowohl die Nachricht als auch das Foto der Person, die sie offenbar geschickt hatte. Dann dachte ich darüber nach und hatte das Gefühl, etwas falsch gemacht zu haben: Was wäre, wenn der Autor das Bild einer anderen Person verwendet hätte? Außerdem hatte ich das Gefühl, dass ich auf Hass mit Hass reagiert hatte, was nicht das war, was ich wollte. Deshalb habe ich beschlossen, meinen Beitrag zu löschen. Alles in allem bin ich der Meinung, dass man auf Hassreden nie mit noch mehr Hassreden reagieren sollte. Es ist viel besser, es mit Rationalität und Freundlichkeit zu versuchen. Menschen die Hass verbreiten, sind davon überwältigt."

Hinsichtlich der No-Go-Reaktionen herrschte Einigkeit darüber, dass Gewalt niemals die richtige Reaktion ist, obwohl einige Personen erwähnten, dass sie sich in ihrer Jugend gegen verbale Angriffe körperlich gewehrt haben. Sowohl Unbeteiligte als auch von Diskriminierung Betroffene lehnen Gewalt ab. Ebenso darf die verbale Unterstützung durch Unbeteiligte nicht unhöflich, beleidigend oder aggressiv sein. Diese Überlegungen gelten auch für Online-Räume.

III. Reaktionen und Bewältigungsstrategien



Treffen Sie Alisa

Beispiel 8

Alisa ist 47 Jahre alt, derzeit arbeitslos und lebt in Portugal. Sie lebt allein; ihre Tochter lebt im Ausland. Alisa ist Guineerin und zog nach Portugal, als sie 8 Jahre alt war. Sie kam aus Zentralguinea und konnte kein einziges Wort Portugiesisch sprechen. Sie konnte nur "mandiga" sprechen und sich durch Gesten verständigen, als sie ankam.

Sie besuchte eine Schule in Lissabon, weil ihr Vater bei einer Bank arbeitete und ein gutes Gehalt bezog. In der Schule wurde sich Alisa ihrer Andersartigkeit bewusst: Sie sprach kein Portugiesisch und war es gewohnt, frei zu sein und nicht in einem Gebäude festzusitzen. Sie war die einzige Schwarze an der Schule, stammte aber aus wohlhabenden Verhältnissen, was es ihren Mitschülern schwer machte, sie zu "etikettieren". Alisas Mitschüler ließen sie wissen, dass sie nicht dazugehörte, weil sie Schwarz war, und dass sie stattdessen in ein Ghetto oder in einen Sozialwohnungsblock und nicht in eine gute Schule gehörte.

Sie beschimpften sie und sangen anstößige Lieder, die sie nicht verstand, weil sie kein Portugiesisch sprach. Als sie merkte, was vor sich ging, begann sie, die anderen Kinder anzugreifen.

Die Schulangestellten, die diese Angriffe sahen, ließen sich die Kinder eine Zeit lang schlagen, bevor sie die Kämpfe beendeten. Die Lehrerin hat ihr immer geholfen. Langfristig gelang es ihr, die Situation zu ändern. Sie hat immer noch Kontakt zu einigen ihrer Mitschüler*innen und ist mit Leuten befreundet, gegen die sie mit 9 Jahren gekämpft hat.

Die Erfahrungen, die sie in der Schule gemacht hat, haben Alisa immer dazu veranlasst, Minderheiten zu verteidigen. Alisa ist nicht in der Lage, Rassismus oder Hassreden mitanzusehen und gleichgültig zu bleiben, ohne einzugreifen. Heute reagiert sie, anders als in der Schule, ruhig und hat einen pädagogischen Ansatz.

III. Reaktionen und Bewältigungsstrategien



Treffen Sie Sabina

Beispiel 9

Dürfen wir vorstellen: Sabina. Sabina ist eine Jüdin aus Prag. Sie ist Aktivistin und Leiterin einer NGO. Ihre Erfahrungen mit Hassreden finden online statt und stehen in Zusammenhang mit ihrem Aktivismus. In diesem Fall reiste Sabina kurz nach den Anschlägen in Molenbeek auf einer Geschäftsreise nach Brüssel. Sie beschloss, nach Molenbeek zu fahren und ein kurzes Video zu drehen, in dem sie sagt: "Schauen Sie, das ist keine No-Go-Zone; es ist ein normaler Stadtteil, aber niemand schreibt darüber, wenn nichts passiert". Das Video ging auf dem tschechischen Facebook viral und sie erhielt fast sofort eine Flut von Hasskommentaren.

Sie stellte fest, dass die meisten Angreifer*innen Männer waren, aber nicht ausschließlich. Der Inhalt der Hassreden war überwiegend ad hominem, d. h. die meisten Kommentator*innen wollten nicht wirklich über die Situation in Molenbeek diskutieren, sondern kommentierten Sabinas Aussehen, Gewicht, Sexualität usw.

Sabina war überfordert, weil ihr Telefon ständig klingelte und sie es nicht ausschalten konnte. Sie machte sich Sorgen, dass etwas Schlimmeres passieren könnte (z. B. dass jemand ihr Profil hackt und ihre Identität missbraucht).

Sie beschloss, ihre Schwester anzurufen, um darüber zu reden. Sie versucht immer, jemanden zu finden, mit dem sie diese Erfahrungen teilen kann. Ihre Schwester ist eine ihrer engsten Freundinnen. Sie ist auch eine der wenigen Personen, die nie versucht, ihre Erfahrungen herunterzuspielen, und sie immer ernst nimmt.

Sie hatte das Gefühl, dass ihre ganze Arbeit, ihr Leben und ihre Identität auf "fett und hässlich" reduziert wurden. Langfristig gesehen, sagt sie, würde sie es wieder tun, da es ihr geholfen hat, neue Follower*innen zu gewinnen und ein größeres Engagement auf den FB-Seiten ihrer NGO zu erreichen. Unter diesem Gesichtspunkt hat es also funktioniert. Außerdem ist sie fest von ihren Ansichten und Idealen überzeugt (z. B. ist es eine gute Sache, den Menschen den Alltag in Molenbeek zu zeigen). Aus diesem Grund bereut sie ihre Entscheidung nicht, obwohl sie sich der langfristigen Auswirkungen solcher Ereignisse auf ihr psychisches Wohlbefinden bewusst ist.

III. Reaktionen und Bewältigungsstrategien

Beispiel 9

"Ich würde auf jeden Fall sagen, dass das meiste, was man mir auf Facebook erzählt, geschlechtsbezogen ist und einen sexuellen Inhalt hat. Für die Hass verbreitenden Menschen dreht sich letztlich alles um Sex, um meinen Mangel daran oder darum, dass ich ihn will und niemand mich will. Ich würde auch sagen, dass dies der schwierigste Teil für mich ist, denn ich stehe hinter meinem Job, ich kann mich immer auf intellektueller Ebene verteidigen; von diesem Standpunkt aus können sie mich nicht aufhalten. Aber alles, was mit meinem Aussehen zu tun hat, was persönlich ist und mit meinen individuellen Unsicherheiten zu tun hat, kann mir definitiv schaden und macht mich noch unsicherer."



Sabina

Beispiel 9

Sie beschloss, sich an „In Iustitia“ zu wenden, eine Organisation, die sich für Menschen einsetzt, die von Hassreden und Hassverbrechen betroffen sind.

Die Erfahrung selbst war sehr positiv:

"Als ich sie kontaktierte, fühlte ich mich sofort besser. Sie sagten mir, dass wir es zumindest versuchen können - und vielleicht können wir sogar beweisen, dass du gelitten hast und dir eine Entschädigung zukommen lassen. Und ehrlich gesagt war ich sehr froh, als ich das hörte. Denn es ist so: Warum soll ich mein eigenes Geld für eine Psychotherapie ausgeben? Warum muss ich dafür bezahlen, dass sich die Leute wie Idioten aufführen? Eine Entschädigung wäre eine Anerkennung dafür, dass es nicht meine Schuld ist und dass ich die Hilfe verdiene".

III. Reaktionen und Bewältigungsstrategien

Langfristige Bewältigungsstrategien

Unter langfristigen Strategien werden hier Veränderungen im Verhalten und in den Praktiken von Menschen verstanden, die täglich mit Hassreden zu tun haben (was auf die meisten unserer Befragten zutrifft).

Wenn Betroffene Beispiele für kontraproduktive Bewältigungsstrategien im Zusammenhang mit Hassreden nennen, stehen die Akzeptanz der Einschränkungen, sowie eine Normalisierung von Hassreden, beides Aspekte, die unsere Befragten häufig erwähnten, an erster Stelle. Ebenfalls häufig genannt wird außerdem der Verlust des Selbstwertgefühls. Alle in den Interviews genannten Strategien zeigen, wie stark der psychische Druck ist, der durch die wiederholte Konfrontation mit Hassreden entsteht. Es überrascht dementsprechend nicht, dass auch Selbstverletzungen von den Befragten mehrfach als Bewältigungsstrategie genannt wurden

Eine weitere Strategie ist der Versuch, aus der betreffenden Stadt oder dem Land zu fliehen, was sich als äußerst komplizierte Strategie darstellt (wie die Befragten selbst feststellen). Für Asylbewerber*innen und Migrant*innen im Allgemeinen ist das Verlassen der Länder, in denen sie leben, aufgrund rechtlicher Hürden kompliziert, während für Menschen ohne Migrationshintergrund der Gedanke, ihr Heimatland zu verlassen, oft unsinnig und verletzend erscheint. Einige der Befragten gaben offen an, dass sie in Erwägung gezogen hatten, aus ihren Städten zu fliehen. Sie kamen jedoch zu dem Schluss, dass sie nirgendwo hingehen könnten, da sie entweder die Probleme mitnehmen würden oder weil sie das Gefühl hatten, dass sie wegen etwas, das nicht ihre Schuld ist, nicht gezwungen sein sollten zu fliehen.

Auch die eigene Isolation wurde häufig als Strategie genannt. Die Befragten schotteten sich ab und zogen sich in ein imaginäres „Ghetto“ zurück, sowohl mental als auch physisch. Die Befragten sprachen davon, öffentliche Verkehrsmittel (einschließlich Bushaltestellen) zu meiden, da sie dort häufig Hassreden hören. Dies wiederum schränkt ihre Mobilität ein, beispielsweise bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Sie erwähnen auch, dass sie ihre Social-Media-Profile löschen, weil sie Online-Angriffen ausgesetzt sind. Wir halten beide Ergebnisse für sehr bedeutsam, da sie zu einer weitaus größeren gesellschaftlichen Desintegration führen.



Photo by Sasha Freemind on Unsplash

Einige Befragte gaben auch an, dass sie befürchten, dass ihre Kinder die gleichen Situationen erleben werden.

Die Bewältigungsstrategien, die von den Betroffenen als gut angesehen werden, basieren auf dem Konzept des "Nicht-Aufgebens". Es wird oft gesagt, dass es für Menschen, die von Hassreden betroffen sind, von entscheidender Bedeutung ist, zu versuchen, ihre reguläre Arbeit fortzusetzen und sie gut zu machen, weil sie dadurch (auch sich selbst) beweisen, dass sie ein integraler Bestandteil der Gesellschaft sind. Obwohl dies von den Befragten häufig als gute Bewältigungsstrategie genannt wurde, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Strategie die Verantwortung von den Täter*innen auf die betroffenen Personen verlagert, die sozusagen den "Beweis" für ihre "Normalität" erbringen müssen.

Einige der Befragten gaben an, dass eine regelmäßige Psychotherapie ihnen bei Depressionen, Selbstverletzungen etc. als Folgen der langjährigen Diskriminierung geholfen hat. Andere hingegen berichteten, dass sie sich weigerten, eine psychologische Beratung aufzusuchen, weil sie der Meinung sind, dass sie selbst mit der Situation fertig werden müssen.

Einige der Befragten hielten es für hilfreich, das Problem der Hassrede an staatliche Institutionen weiterzuleiten und auf institutioneller Ebene zu behandeln. Wie wir in den folgenden Abschnitten erörtern, ist diese Strategie jedoch nicht immer erfolgreich.

Die Befragten erwähnten häufig, dass es nützlich ist, eine Gemeinschaft von Menschen mit ähnlichen Erfahrungen zu finden, an Demonstrationen gegen Hassreden teilzunehmen, mit NGO zusammenzuarbeiten oder einer politischen Partei beizutreten, die sich mit diesem Thema befasst.



Treffen Sie erneut Mateo

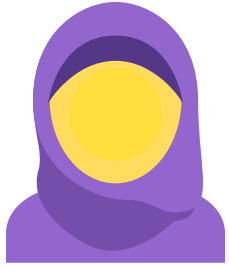
Mateos Reaktionen auf Diskriminierung hängen vom Ort und von den Umständen der Situation ab. Er antwortet oft Fremden, die ihn angreifen, und spricht mit ihnen über seine Geschlechtsidentität. Als grundlegende Reaktion versucht er, nicht wütend zu werden, sondern ruhig zu bleiben und seine Gedanken zu kontrollieren. Früher hat er wegen der täglichen Hassreden bestimmte Orte gemieden und Angriffe auf jede erdenkliche Weise ignoriert, um sich zu schützen. Heutzutage versucht er, sich nicht einschränken zu lassen. Eine der Folgen seiner Vorgehensweise ist, dass er sich oft dabei ertappt, wie er über die Gründe für seine Diskriminierung nachdenkt.

Mit der Zeit hat er jedoch gelernt, sich nicht mehr zu fragen: "Warum ich?". Mateo hat gelernt, "Kleinigkeiten" nicht mehr ernst zu nehmen. Er hat auch verschiedene Bewältigungsstrategien ausprobiert. Zum Beispiel hat er versucht, sich unauffällig zu kleiden, um nicht aufzufallen, was letztlich jedoch nicht geholfen hat. Die Meditation hingegen ist die Methode seiner Wahl, weil sie ihm hilft, mit Diskriminierung umzugehen.

Mateo

Beispiel 10





Treffen Sie Klara

Beispiel 11

Dürfen wir vorstellen: Klara. Klara wurde in der Tschechischen Republik geboren und besitzt die tschechische Staatsangehörigkeit. Sie bezeichnet sich als Muslima, was sie in der Tschechischen Republik zu einer Minderheit macht. Sie konvertierte vor 12 Jahren zum Islam, als sie ihren aus Nordafrika stammenden Mann kennenlernte. Sie zieht drei Kinder auf (im Vor- und Grundschulalter) und lebt mit ihrer Familie in einer kleinen Stadt in Mittelböhmen. Sie ist nicht nur Hausfrau und Mutter, sondern arbeitet auch für eine Regierungsbehörde als Social Media Managerin (sie arbeitet die meiste Zeit von zu Hause aus). Zu ihren Aufgaben gehört es, die Social-Media-Profile der Behörde zu betreuen und Diskussionen zu moderieren. Das bedeutet, dass sie im Rahmen ihrer Arbeit auch mit Hassreden konfrontiert wird. Da Klara ein Kopftuch trägt, ist ihre religiöse Identität offensichtlich sobald sie sich im öffentlichen Raum aufhält, und dies hat einen erheblichen Einfluss darauf, wie sie Hassreden erlebt.

Klara versucht, ihre Erfahrungen öffentlich zu verarbeiten, indem sie diese auf ihrem FB-Profil teilt und die Menschen aufklärt. Sie hat auch Anwälte*innen kontaktiert und gegen mehrere Täter*innen Anzeige erstattet. Während der Austausch mit anderen Menschen und die Diskussion über ihre Erfahrungen in der Regel helfen, waren die Kontakte mit der Polizei und den staatlichen Institutionen sehr unangenehm und vermittelten ihr das Gefühl von extremer Hilflosigkeit.

Die langjährigen und kontinuierlichen Erfahrungen mit Hassreden haben sie sowohl persönlich als auch beruflich beeinträchtigt. In ihrem Beruf sieht sie Hasskommentare als Chance und glaubt, dass es hilfreich sein könnte, wenn sie sich als Muslima höflich auf eine Diskussion mit Menschen einlässt, die Muslim*innen feindselig gegenüberstehen, denn dann besteht die Chance, dass diese eine reale Person mit einem normalen Leben sehen und nicht eine abstrakte und gefährliche Ideologie.

Auf der persönlichen Ebene hingegen haben die verbalen Angriffe dazu geführt, dass sie einige Änderungen in ihrem Alltagsverhalten vorgenommen hat: Eine Zeit lang hat sie öffentliche Verkehrsmittel ganz gemieden und benutzt jetzt nur noch Straßenbahnen und Busse, meidet aber weiterhin die U-Bahn. Nach einer Reihe unangenehmer Erfahrungen ging sie nicht mehr in den Zoo (zumindest nicht am Wochenende) und versucht generell, überfüllte Orte zu meiden.

Sie sagt, die wichtigste negative Auswirkung all dieser Vorfälle auf ihr persönliches Wohlbefinden sei die Schwächung ihres Sicherheitsgefühls. Früher fühlte sie sich zu Hause sicher, was nun nicht mehr der Fall ist seit sie erfahren hat, dass mehrere ihrer Nachbar*innen Anhänger*innen einer Anti-Islam-Bewegung sind und dass selbst "normale" alltägliche Interaktionen Hassreden auslösen können. In ihrem Job weiß sie, dass sie durch ihre bloße Anwesenheit indirekt eine Situation provozieren kann, mit der sie jedoch umgehen kann. Die alltägliche Ebene und das ständige Gefühl der Gefahr sind für sie jedoch schwer zu bewältigen.

Infolgedessen hat sie ihr Online-Verhalten nicht geändert, aber sie hat ihre alltäglichen Praktiken und Routinen aufgrund ihrer Erfahrungen mit Hassreden angepasst.

Es fällt ihr auch schwer, mit anderen Menschen über diese Ereignisse zu sprechen. Sie hat ein oder zwei wirklich enge Freund*innen und einen Kollegen, denen sie wirklich vertraut. Auch wenn nicht alle von ihnen die gleichen Erfahrungen gemacht haben, bieten sie ihr bedingungslose Unterstützung an und, was am wichtigsten ist, sie nehmen die Vorfälle ernst und glauben ihr, wenn sie erklärt, wie sie sich fühlt. Andererseits fällt es selbst ihrem Ehemann als Mann und als jemand, der weniger exponiert ist, weil sein Glaube nicht sichtbar ist, manchmal schwer, sie zu verstehen, und er neigt dazu, ihre Erfahrungen herunterzuspielen oder sie zu lösen, indem er Dinge sagt wie "Vielleicht solltest du ein bisschen zurücktreten". Das gibt ihr das Gefühl, dass Hassreden ihre Schuld sind, weil sie nicht bereit ist, "einen Schritt zurückzutreten". Sie ist nicht wütend auf ihren Mann oder andere, weil sie nicht verstehen, was sie durchmacht, denn sie weiß, dass es unmöglich ist, die Auswirkungen von Hassreden zu verstehen, wenn man sie nicht selbst erlebt hat. Auf der anderen Seite schafft dies jedoch ein gewisses Gefühl der Distanz und löst ein Gefühl von Einsamkeit in ihr aus.

III. Reaktionen und Bewältigungsstrategien

Selbstorganisation & Empowerment

Gegenrede ist in der Regel als unmittelbare Reaktion möglich und auch wirksam. Durch Gegenrede können Situationen, in denen Hassreden vorkommen, in eine Art politische Debatte umgewandelt werden. Auf diese Weise kann sich daraus auch eine längerfristige Bewältigungsstrategie entwickeln. Menschen, die tagtäglich diskriminiert werden, können sich politisieren, d.h. sie sind bereit, strukturelle Diskriminierung zu lösen, indem sie sich politisch organisieren.

Die Untersuchung hat verschiedene Ebenen der Politisierung aufgezeigt. Einige Befragte nehmen an öffentlichen Veranstaltungen teil, die sich mit dem Thema befassen, wie beispielsweise Straßenaktionen zur Unterstützung von Kampagnen wie Black Lives Matter. Andere gehen so weit, ihre Geschichten und ihr Leben mit täglicher Diskriminierung öffentlich zu machen und ihre Stimme zu nutzen, um andere zu mobilisieren, oder verwenden hierfür auch ihre eigenen künstlerischen Plattformen, wie im Fall des Rappers Typhoon oder der Sängerin Pearl in den Niederlanden.

Einige der Befragten haben beschlossen, sich Nichtregierungsorganisationen an der Basis anzuschließen, die sich mit Diskriminierung, Hassreden und antirassistischer Erziehung befassen. Auf diese Weise sind sie zu "organischen Aktivist*innen" geworden, also zu Menschen, die mit Hassreden konfrontiert sind und deren Beruf es ist, Diskriminierung zu bekämpfen und den davon betroffenen Menschen auf rechtlicher, sozialer, psychologischer, pädagogischer, politischer und medialer Ebene zu helfen. Auf politischer Ebene besteht eine der einflussreichsten und letztlich wirksamsten Reaktionen darin, einer politischen Partei beizutreten oder eine solche zu gründen. Wir haben dies in den Niederlanden bei Parteien wie Bij1 (<https://bij1.org/>) oder DENK (<https://www.bewegingdenk.nl/>) beobachtet, die von Menschen mit türkischem und marokkanischem Hintergrund geführt werden, die beschlossen haben, für gleiche Rechte zu kämpfen.

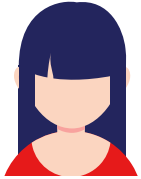
Politisch aktiv zu werden und sich zu organisieren, zieht Erfahrungen mit Hassreden und Diskriminierung nach sich und verstärkt diese erheblich, da die Menschen zu öffentlichen Persönlichkeiten werden und nicht nur wegen ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe usw., sondern auch wegen ihrer Meinungen und ihrer Rolle als Sprecher*innen zur Zielscheibe werden. Manchmal kann dies zu einer direkten Bedrohung ihres Lebens und Wohlergehens führen.





Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Lebensgeschichte von Jasmina Kuhnke aus Deutschland. Jasmina Kuhnke ist eine Schwarze Aktivistin und setzt sich seit Jahren gegen Rassismus ein. Im Jahr 2021 begann sie, Drohbriefe zu erhalten.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass Jasmina Kuhnke in Deutschland eine von vielen Menschen ist, die mit ständigen Morddrohungen leben müssen. Menschen, die sich gegen Diskriminierung einsetzen, werden immer häufiger ernsthaft bedroht und erhalten Drohbriefe an ihre Privatadressen. Vor allem Journalist*innen, Politiker*innen, NGO-Mitarbeiter*innen und Aktivist*innen werden mit Drohbriefen attackiert. Seit 2018 erhalten Opferanwält*innen im NSU-Prozess vermehrt Drohungen, die mit "NSU 2.0" unterzeichnet sind. Diese Drohungen haben auch ihre Familien betroffen. Jasmina Kuhnke selbst wurde mit rassistischen und antifeministischen Drohungen angegriffen und ihre Adresse wurde mit dem Aufruf "Schlachtet Jasmina Kuhnke" veröffentlicht. Dies hat sie und ihre Familie gezwungen, aus ihrer Wohnung zu fliehen. Infolgedessen musste sie für eine neue Wohnung sowie für Rechts- und Polizeischutz aufkommen. Zur Unterstützung von Aktivist*innen wie Jasmina Kuhnke wurde eine Spendeninitiative mit dem Namen "SHEROES Fund" ins Leben gerufen. Mehr als 180.000 Euro sind bereits zusammengekommen, was zeigt, dass viele Menschen den Kampf gegen Hassreden unterstützen. Dank dieses Fonds konnte Jasmina Kuhnke einen neuen sicheren Ort für sich und ihre Familie finden und geht gerichtlich gegen die Angreifer*innen vor. Der Name der Kampagne verdeutlicht auch die Notwendigkeit eines sorgfältigen und sensiblen Umgangs mit Terminologien. Die Verwendung von Begriffen wie "Held*in" für all jene Menschen, die sich gegen strukturelle Diskriminierung wehren und aufgrund dieses Kampfes mit noch schlimmeren Folgen konfrontiert sind, bedeutet, ihnen ihre Handlungsfähigkeit und ihren freien Willen zurückzugeben.



Treffen Sie Emma

Beispiel 12

Emma ist eine 25-jährige Frau chinesischer Herkunft, die seit ihrer Kindheit in Arnheim lebt. Sie wurde von ihren Eltern adoptiert. In der Schule wurde sie manchmal von ihren Mitschüler*innen angeschrien ("weiße Banane"), aber die meiste Zeit hatte sie eine glückliche Kindheit und viele Freunde. Meistens ignorierte sie alle Beleidigungen ("Sie wissen es nicht besser"). Nach dem Ausbruch der COVID-19-Krise bemerkte sie jedoch, dass sie in den Geschäften und auf der Straße ignoriert und gemieden wurde. Sie hörte auch, dass die Leute sich auf sie bezogen, wenn sie Dinge sagten wie: "Sie haben den Ausbruch verursacht" oder "das chinesische Virus". Diese Erfahrung veranlasste sie dazu, sich den Kundgebungen unter dem Motto "Stop Asian Hate" anzuschließen. Sie hatte das Gefühl, etwas tun zu müssen, um den Virus des Hasses nicht weiter um sich greifen zu lassen.

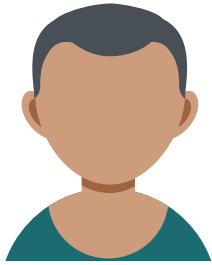


Treffen Sie Marilyn

Beispiel 13

Marilyn ist eine junge Frau mit einem niederländischen Vater und einer marokkanischen Mutter und lebt in Den Haag. Sie hat einen Abschluss in Mathematik von der Universität Rotterdam und arbeitet für das Innenministerium. Da sie sich für Politik interessiert, besuchte sie eine Wahlkampfveranstaltung der Partei für die Freiheit, die von dem bekannten Populisten Geert Wilders angeführt wird. Er fragte die Zuhörer*innen: "Wollt ihr mehr oder weniger Marokkaner in eurem Land?" Das Publikum rief zurück: "Weniger, weniger, weniger". Marilyn war schockiert und verließ die Kundgebung. Sie versuchte, das Gefühl des Schocks zu verdrängen. Später schloss sie sich jedoch der Gruppe an, die Anklage gegen Wilders erhob, und es gelang ihr, ihn strafrechtlich verfolgen und verurteilen zu lassen. Marilyn war mit dem Ergebnis ihrer Gruppenaktion sehr zufrieden und das Berufungsgericht bestätigte das Urteil.





Treffen Sie Gianpaolo

Beispiel 14

Gianpaolo, 67, ist Italiener, katholisch und arbeitet als Journalist. Er stammt aus der Region Gardasee in Norditalien. Er ist Mitbegründer der italienischen LGBTQ+-Bewegung und ehemaliger Senator und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

Gianpaolo hat im Laufe seines Lebens viele diskriminierende Situationen erlebt. Gleich nachdem er sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre als schwul geoutet hatte, musste er in den Straßen seiner Kleinstadt verbale Beleidigungen über sich ergehen lassen. Die Bevölkerung war mehr oder weniger zweigeteilt in diejenigen, die Respekt einforderten - darunter auch einer der örtlichen katholischen Priester - und diejenigen, die sich von ihm distanzierten, nicht mehr mit ihm sprachen oder sogar Lügen über seinen Lebensstil verbreiteten. Am schwierigsten war es, dem sozialen Druck standzuhalten, der auf seine Eltern ausgeübt wurde, die beide aus der Arbeiterklasse stammten und gezwungen waren, mit etwas zurechtzukommen, was es für sie noch nie gegeben hatte. Diese Erfahrungen führten dazu, dass Gianpaolo und andere begannen, eine Schwulenbewegung zu organisieren und politisch aktiv zu werden. Im Dezember 1980 war er Mitbegründer einer der ersten lokalen Gruppen in Sizilien, die Arcigay, der bis heute größten italienischen Schwulenrechtsorganisation. Gianpaolos Arbeit und die Gründung der Gruppe wurden von physischen Angriffen gegen Gianpaolo durch Rechtsextreme begleitet, kurz nachdem zwei junge Schwule ermordet worden waren, weil sie eine Beziehung hatten. Gianpaolo und seine Freunde hatten große Angst, weil sie dachten, dass sie getötet werden würden. „Ich hatte Angst, dass sie auch mich töten würden“, sagt Gianpaolo und erinnert sich daran, wie die Polizei die Rechtsextremen zunächst „ihre schmutzige Arbeit machen ließ“ und dann eingriff, um den Angegriffenen angeblich zu helfen.

Bei der Bekämpfung von Hassreden, und in diesem speziellen Fall von Hassreden gegen LGBTQ+, erwähnt Gianpaolo, dass es sich um eine kollektive Anstrengung der italienischen Schwulenbewegung handelt und nicht um die Reaktion einzelner Opfer.

Als die Schwulencommunity mit dem AIDS-Notstand konfrontiert war, der auch in deutschen Leitmedien als "Homosexuellenplage" bezeichnet wurde, reagierte sie mit einer breit angelegten Informationskampagne unter den Schwulencommunities, in Schulen, Städten und Gemeinden, um für die Verwendung von Kondomen zu werben. Nach Ansicht von Gianpaolo ist die Gegeninformation als langfristige Strategie von entscheidender Bedeutung. In diesem Fall führte sie zu einem erfolgreichen Engagement von Tausenden von Menschen, die in der Lage waren, sich zu vernetzen, Menschen zu überzeugen und soziale und politische Mehrheiten für den Grundsatz zu bilden, dass das Virus nicht von der sexuellen Orientierung, sondern von den sexuellen Praktiken abhängt, seien sie nun homosexuell oder heterosexuell.

Laut Gianpaolo bestand eine entscheidende und letztlich erfolgreiche Strategie darin, eine erfolgreiche Massenbewegung aufzubauen, die Kampagnen führt, sich einsetzt, studiert, informiert, lehrt, an öffentlichen Debatten und Konferenzen teilnimmt, die Wirkung von Informationen vervielfacht, Lobbyarbeit bei Medien und Politiker*innen betreibt und mit der katholischen Kirche und anderen Kirchen diskutiert. Mit dem Erreichen ihrer Ziele, nämlich dem Abbau von Vorurteilen und Stereotypen im Zusammenhang mit HIV und dem Erhalt kostenloser Medikamente und medizinischer Versorgung für Infizierte, wurden die von LGBTQ+-Diskriminierung betroffenen Menschen zu Gewinner*innen und ihre Argumente wurden von der öffentlichen Meinung, den Medien und politischen Entscheidungsträger*innen anerkannt.

Gianpaolo hat sich auch im neuen Jahrtausend politisch gegen Diskriminierung und Hassreden engagiert. Im Jahr 2007, als er Senator war, sprach er während einer Debatte im Senat über die Abschaffung der Todesstrafe im italienischen Militärrecht und argumentierte, dass die Verweigerung von Todesurteilen nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht sei, und brachte seine Solidarität mit Soldaten zum Ausdruck, die aus den Streitkräften desertieren. Am nächsten Tag veröffentlichte eine der führenden konservativen Tageszeitungen Italiens auf ihrer Titelseite einen Artikel, der vom Herausgeber der Zeitung unterzeichnet war und in dem es hieß: "Senator Silvestri ist ein Gründer von Arcigay und liebt Deserteure. Vielleicht, weil sie, wenn sie weglaufen, ihren Arsch anbieten". Nach einem vierjährigen Rechtsstreit wurde der Redakteur der Homophobie für schuldig befunden und musste Gianpaolo 50.000,00 Euro Schadenersatz zahlen.

III. Reaktionen und Bewältigungsstrategien

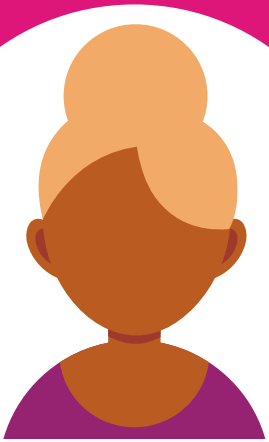


Treffen Sie Sylvana

Beispiel 15

Sylvana ist eine 50-jährige Woman of Colour, die in Surinam geboren wurde. Sie verließ Surinam in den frühen 1970er Jahren und zog mit ihren Eltern in die Niederlande. Sie war eine bekannte Moderatorin im niederländischen Fernsehen und Radio und wurde oft als Gast in Talkshows eingeladen. Dass sie anders angesehen und behandelt wurde als andere (weiße) Frauen, war für sie ihr ganzes Leben lang völlig normal und wurde von ihr in den meisten Fällen ignoriert. Irgendwann las sie in einer bekannten niederländischen Zeitschrift einen Artikel über 10 Gründe, warum niederländische Frauen mit Männern mit dunkler Hautfarbe ausgehen sollten. Sie äußerte gegenüber den Redakteur*innen dieses Magazins sofort ihren Unglauben und sprach in der nächsten Talkshow, zu der sie eingeladen wurde, über diesen Artikel. Dieses Ereignis markierte den Beginn einer Reihe von Aktionen, mit denen sie gegen die Diskriminierung von Schwarzen Menschen vorging. Sie begann, die Figur des Black Pete in der Nikolaustradition heftig zu bekämpfen und Leute zu korrigieren, die (wenn auch nur versehentlich) diskriminierende Worte verwendeten. Ihre Haltung stieß auf große Zustimmung, aber auch auf viele negative Reaktionen. Man warf ihr vor, "uns den Black Pete wegzunehmen und die niederländische Folklore nicht zu verstehen". Als Reaktion darauf gründete sie ihre eigene politische Partei. Sie wurde zum Mitglied des Amsterdamer Stadtrats gewählt und ist seit Anfang 2021 Mitglied des niederländischen Parlaments.

III. Reaktionen und Bewältigungsstrategien



Treffen Sie Doreen

Beispiel 16

Doreen ist eine 40-jährige Frau, die in der Öffentlichkeitsarbeit tätig ist. Sie ist in Europa geboren und in Deutschland aufgewachsen. Doreen ist politische Aktivistin, seit sie ein Teenager war. Sie erlebt Hassreden online, durch Kommentare auf Social-Media-Plattformen, und offline, in alltäglichen Situationen wie in öffentlichen Verkehrsmitteln. Außerdem wurden ihre Adresse und ihre private Identität in rechten Netzwerken veröffentlicht, und sie hat Drohbriefe erhalten. Sie empfindet diese Ereignisse als sehr dramatisch und reflektiert und spricht im Interview sehr ausführlich darüber.

Doreen erinnert sich daran, wie sie anfangs, Drohbriefe zu erhalten. Anfangs fiel es ihr sehr schwer, mit ihnen umzugehen. Eine ihrer ersten Reaktionen war, dass sie sich zwei Wochen von der Arbeit freistellen ließ. Als sie in den Medien hörte, dass beispielsweise auch Politiker*innen Drohbriefe erhielten, kam ihr Trauma wieder zum Vorschein. Als Reaktion darauf geht sie abends nicht mehr allein nach draußen und meidet alle dunklen oder vermeintlich gefährlichen Orte. Sie versucht auch, nicht allein zu schlafen, was oft schwierig ist. Um mit solchen ernststen Gefahren und Hassreden fertig zu werden, wird ihr von ihrer Gemeinschaft, ihrer Familie und ihren Freund*innen Zuflucht geboten.

Darüber hinaus verlässt sie sich in diesem Fall auf ihr Netzwerk, um Unterstützung zu erhalten. Sie erwähnte, dass es wichtig ist, privilegierte und gut vernetzte Menschen in ihrem Netzwerk zu haben, die sie in solchen Situationen unterstützen können. Außerdem ist es für sie wichtig, darüber zu sprechen und professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Im Fall der Drohbriefe wandte sie sich an eine Beratungsstelle, die ihr riet, sich an das Landeskriminalamt zu wenden (und sie dorthin begleitete). Wie bei anderen Diskriminierungserfahrungen fällt es ihr besonders schwer, wenn ihr nicht geglaubt und sie nicht ernst genommen wird. Auch die Drohbriefe wurden von den Behörden nicht immer ernst genug genommen. Manche verstehen den Hinweis nicht und fragen sogar: "Was ist daran rassistisch?", obwohl auf dem Brief ein rechtsextremes Symbol zu sehen ist. Den Rassismus erklären und beweisen zu müssen, ist für Doreen sehr belastend. Das Landeskriminalamt nimmt sie nicht ernst, weil es die Umstände nicht als bedrohlich ansieht. Das Amt hat versucht, die Fingerabdrücke auf den Briefen zu nehmen, sagte aber, dass es nicht viel tun könne. Es behauptet auch, dass Doreen nichts zu befürchten habe, was in Doreens Augen keine Hilfe ist.

Außerdem betont Doreen, dass der Versuch, Menschen daran zu hindern, eine beleidigende Sprache oder bestimmte Wörter zu verwenden, nicht ausreicht, um Rassismus und Diskriminierung zu überwinden, da dies nur Symptome der Situation sind und die zugrundeliegende systemische Benachteiligung und Ausbeutung immer noch vorhanden ist.

IV. Interventionen und Unterstützung

Verfügbare Infrastrukturen zur Unterstützung

Es ist schwierig, die Unterstützungsinfrastrukturen aus Sicht der von Diskriminierung betroffenen Personen zu analysieren, da, wie bereits erwähnt, die meisten Vorfälle nie gemeldet werden und die meisten unserer Befragten die Auswirkungen der Diskriminierung allein oder mit Hilfe ihrer Familien und Freunde bewältigen, ohne externe Hilfe zu suchen.

Im Allgemeinen gibt es zwei Hauptinfrastrukturen:

- 1) **Staatliche Einrichtungen**, einschließlich Polizei, Gerichte und Justizwesen, und
- 2) **Unterstützungsnetze der Zivilgesellschaft und NGOs**, die im Bereich Rassismus, Diskriminierung, Schutz der Opfer von Straftaten etc. tätig sind. Viele der beteiligten NGOs arbeiten auf europäischer Ebene über Dachorganisationen wie ENAR (Europäisches Netzwerk gegen Rassismus) zusammen. Die EU hat eine eigene Organisation, die Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung überwacht: die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI). Neben der Überwachung hat die ECRI den Auftrag, Empfehlungen an die EU-Mitgliedstaaten zu richten und bei Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene beratend tätig zu werden. Europäische Gremien haben jedoch nur selten einen direkten Einfluss auf einzelne Angriffe durch Hassreden, es sei denn, die betroffene Person kann sich an eine NGO wenden, die wiederum in der Lage ist, den Fall auf EU-Ebene zu vertreten.

1) Staatliche Infrastrukturen lokale Behörden, Polizei und Gerichte

Was die staatlichen Infrastrukturen betrifft, so berichten die Befragten vor allem von Erfahrungen mit der Polizei und, wenn ihre Fälle strafrechtlich verfolgt werden, mit den Gerichten. In den meisten Ländern ist die Polizei zwar geschult und ausgebildet, um Hassreden zu erkennen, aber die Praxis und die Infrastrukturen selbst sind oft unzureichend. In diesem Bereich sind die Erfahrungen der Befragten sehr unterschiedlich. Viele berichten von negativen Erfahrungen mit der Polizei, die von unsensibel und unangenehm bis hin zu offen rassistisch reichen und oftmals eine sekundäre Viktimisierung darstellen.

2) Akteur*innen der Zivilgesellschaft, NGOs

Die Aktionen der Zivilgesellschaft werden von unseren Befragten als hilfreich, sensibel und fürsorglich interpretiert, und ihrer Meinung nach steht die von den NGOs angebotene Unterstützung im Gegensatz zu den staatlichen Infrastrukturen. Beispiele für die Unterstützung durch NGOs sind:

- Rechtsberatung
- Psychologische Beratung, Organisation von Selbsthilfegruppen
- Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen bezüglich der Rechte der Betroffenen und die Möglichkeit, Anzeige gegen Angreifer*innen zu erstatten
- Interkulturelle Mediation, Beratung an öffentlichen Orten wie Schulen
- Öffentliche Kampagnen gegen Hassreden und Rassismus, Organisation öffentlicher Proteste und direkter Aktionen zur Unterstützung von Menschen, die von Hassreden und Hassverbrechen betroffen sind.

Die wichtigste Erwartung an institutionelle Hilfe auf jeder Ebene ist die Anerkennung der Schwere der Hasssituationen, mit denen die Befragten konfrontiert wurden. Vielen Menschen, die tagtäglich von Hass und diskriminierenden Praktiken betroffen sind, fällt es schwer zu erklären, wie genau sie davon betroffen sind.

Wenn sie von möglichen Unterstützungs- und Interventionsmöglichkeiten erfahren, schätzen sie das Gefühl sehr, als Menschen gesehen zu werden, die tatsächlich Hilfe benötigen. Jede Art von Intervention hilft ihnen, weil sie das Signal sendet, dass die Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, zweifellos real sind und Lösungen und Maßnahmen erfordern, die nicht in ihrer Verantwortung liegen.



Photo by mentaldgt on Pexels

IV. Interventionen und Unterstützung

Nicht hilfreiche institutionelle Unterstützung

Wie soeben beschrieben, wurden die Erfahrungen mit den NGOs als überwiegend positiv empfunden (Fürsorge, Zuhören, Verteidigung usw.). Auf der anderen Seite waren die Erfahrungen mit dem Eingreifen staatlicher Einrichtungen ambivalent und manchmal sogar negativ. Einige Polizeibeamte, Lehrkräfte oder Richter*innen griffen angemessen ein, während andere dies auf unangemessene Weise taten, die teilweise sogar gegen ihren beruflichen Verhaltenskodex verstieß.

Die Themen, die unsere Befragten ansprechen, sind sensibel und sehr persönlich. Ein Schlüsselfaktor im Umgang mit ihnen, wenn sie über ihre Erfahrungen berichten, ist ein gewisses Maß an persönlichem Engagement. Im Gegensatz zu NGO und Aktivist*innen ist dies für Regierungsbeamte nur schwer zu erreichen. Unsere Befragten beschrieben ihren Umgang mit den Behörden oft als distanziert und hatten manchmal das Gefühl, dass ihre Probleme sie im Grunde nicht interessierten, es sei denn, sie würden sie explizit belästigen. Kurz gesagt, unsere Befragten erwarteten, von den Behörden ernst genommen zu werden, was nicht immer der Fall war.

Der Unterschied zwischen dem Umgang mit den Behörden und dem Umgang mit den NGOs bestand also darin, dass unsere Befragten die Mitarbeiter*innen der NGOs als hilfsbereit, einfühlsam und aufrichtig an ihrer Situation interessiert erlebten. Selbst wenn die NGO nicht helfen konnten, weil ihre Unterstützung begrenzt war, wurde der Eindruck vermittelt, dass die Angestellten ernsthaft helfen wollten (z. B. bei der Festnahme oder Verurteilung der Täter*innen von Hassreden).

Der Umgang mit der Polizei wurde manchmal als belastend empfunden. Einige Befragte waren der Meinung, dass die Polizei oft kein echtes Interesse an der Lösung ihrer Probleme hat oder dass Hassreden nicht als echtes Problem angesehen werden. Viele Befragte sind der Meinung, dass es einen erheblichen Unterschied zwischen der jüngeren Generation von Polizeibeamt*innen, die als hilfsbereiter angesehen wird, und der älteren Generation, die oft feindselig ist, gibt. Diese Situation kann auch damit zusammenhängen, dass in den letzten Jahren ein besonderer Schwerpunkt auf Hassreden gelegt wurde. Dies bedeutet, dass jüngere Polizeibeamte möglicherweise ein besseres Verständnis für dieses Thema haben und besser darin geschult sind als ihre älteren Kolleg*innen.

Im Allgemeinen waren die Erfahrungen der Befragten jedoch erschütternd, und der Kontakt mit der Polizei war anstrengend. Das Problem der Hassrede selbst wurde durch den wiederholten und schwierigen Kontakt mit Polizeibeamt*innen überschattet, was zu einer verminderten Lebensqualität unserer Befragten führte.

Diese Erfahrung kann zu Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen führen. Eine beträchtliche Anzahl der Befragten ist davon überzeugt, dass der Versuch, durch Hassreden verursachte Probleme mit der Polizei zu lösen, nutzlos ist, weil nichts passiert. Die Täter*innen werden nicht gefasst, geschweige denn verurteilt. Diese Erfahrung bestärkt die Interviewten auch in ihrer Überzeugung, dass es besser ist, Situationen mit Hassreden zu ignorieren, ohne eine Reaktion zu zeigen und sich gegen verbale Angriffe zu verteidigen.

In einigen Fällen trifft das auch auf die Schulen zu. Die Rolle der Lehrkräfte wird oftmals kritisiert, aber auch als positiv und hilfreich beschrieben. Immer wieder werden pädagogische Aspekte positiv hervorgehoben, auch in Schulen. Das Verhalten der Täter*innen und der Umstehenden wird von vielen Befragten auf deren mangelnde Bildung zurückgeführt.

Die wichtigste Schlussfolgerung, die aus den Interviews und den Querverweisen auf alle Befragten gezogen wurde, ist die Bedeutung der Aufklärung. Diese sollte bei den Eltern und in der Schule beginnen und durch Online-Kampagnen, Fernseh- oder Videopräsentationen unterstützt werden.

Photo by Bahador on Unsplash



IV. Interventionen und Unterstützung

Treffen Sie Jonas

Beispiel 17

Er ist 39 Jahre alt und hat vier Kinder mit seiner Partnerin.

Er ist Angolaner und ging im Alter von 17 Jahren zum Studium nach Portugal. In Portugal besuchte er die Sekundarschule und die Universität, die er mit einem Master-Abschluss in Internationalen Beziehungen abschloss. Er hätte gerne Jura studiert, aber das war für ihn nicht möglich. Während seines Studiums absolvierte er eine Fahrlehrerausbildung, da er sich für die Gesetze und Vorschriften im Straßenverkehr interessiert. Seitdem ist er als Fahrlehrer tätig.

Jonas erinnert sich an einen besonders traumatischen Vorfall, der sich in einer Bank ereignete. Im Jahr 2004 hatte sein Vater etwas Geld von Angola nach Portugal überwiesen. Jonas ging zur Bank, um das Geld abzuholen, bemerkte aber, dass das Personal sehr still war. Nach zehn Minuten erschien eine Gruppe von Polizeibeamt*innen, schlug ihm auf den Hinterkopf und legte ihm Handschellen an.

Die Bank war ausgeraubt worden und die Angestellten hatten die Polizei alarmiert. Als die Beamten eintrafen, beschlossen sie, ihm, dem Schwarzen, Handschellen anzulegen und nicht den beiden weißen portugiesischen Räufern, die neben ihm standen.

Jonas fühlte sich machtlos, konnte nichts tun, hatte in Portugal niemanden, der ihm helfen konnte, und wäre vielleicht sogar in den Augen seiner Eltern in Verruf geraten. Wenn die Bankangestellten nicht gesagt hätten, dass er nicht der Räuber war, hätte er sogar verhaftet werden können, ohne die Möglichkeit sich zu verteidigen. Weder die Angestellten noch die Polizei waren sehr einfühlsam. Nur eine Frau sagte, dass er nicht der Räuber sei und zeigte sich mit ihm solidarisch. Die Polizist*innen entschuldigten sich, aber sie schienen nicht aufrichtig zu sein. Jonas verließ die Bank mit körperlichen Schmerzen und auch mit einem Gefühl, das er als schrecklich beschreibt. Er beschreibt diese Erfahrung als lebensverändernd, und zwar auf die denkbar schlechteste Art und Weise.

IV. Interventionen und Unterstützung

Individuelle (Nicht)-Intervention

Obwohl viele Aspekte unserer Ergebnisse zu Hassreden in Europa unterschiedlich ausfielen, gab es in einem Punkt eine überwältigende Übereinstimmung zwischen allen Befragten. Einer der wesentlichen Faktoren, der dazu beiträgt, die Auswirkungen von Hassreden teilweise zu beseitigen, ist das Eingreifen einzelner Umstehender während eines verbalen Angriffs. Alle Befragten gaben an, dass persönliches Eingreifen ihnen immens hilft. Gleichzeitig sagten aber auch alle, dass dies nur selten oder, genauer gesagt, nicht während der eigentlichen verbalen Angriffe geschieht.

Es ist jedoch ein wesentlicher Teil der "Psychohygiene" nach einem Angriff, wenn unsere Befragten die ganze Situation mit ihren Freund*innen oder Familien besprechen. Ein signifikanter Unterschied besteht hier bei Personen, deren Familien ihre Erlebnisse verstehen und sie deshalb deutlich mehr unterstützen. Im Gegensatz dazu war die familiäre Unterstützung in Familien gering, in denen ein ähnliches Verständnis fehlte, wie in Familien von Konvertiten oder LGBTQ+-Personen. Sie gingen oft so weit, dem Opfer die Schuld zu geben und sagten Dinge wie "Das hast du dir ausgedacht" oder "Warum bist du überrascht? Damit musst du schon selbst fertig werden". Keiner dieser Ansätze ist wirklich das, was unsere Befragten hören sollten, um mit Hassreden umgehen zu können.

Alle Befragten waren sich einig, dass die Unterstützung vor Ort entscheidend ist. Unabhängig davon, ob es sich um ein direktes Eingreifen oder um die Bekundung von Solidarität nach einem Angriff handelt, ist es wichtig, daran zu denken, dass es nicht immer hilfreich ist, den Angreifenden direkt mit einer Gegenrede anzusprechen. Im Gegenteil, die Bereitschaft, mit der angreifenden Person zu streiten oder ihm auf die gleiche Weise zu antworten und ihn zurechtzuweisen, wurde von keinem der Befragten als sinnvoll empfunden. Unsere Befragten berichteten, dass es hilfreich sei, wenn jemand ihnen helfen wolle, bei ihnen zu bleiben und dies immer ruhig und sachlich, ohne Aggression, zu tun.

Von großer Bedeutung ist auch die Unterstützung durch Personen des öffentlichen Lebens. Menschen, die von Hassreden betroffen sind, empfinden offizielle Aussagen von Politiker*innen, Journalist*innen oder Prominenten als wichtige Unterstützung.



IV. Interventionen und Unterstützung

Das Nichteinmischen: Sammlung von Zitaten

"Bei der Erfahrung von Rassismus handelt es sich um einen sehr wichtigen Aspekt, ich nenne ihn das Rassismus-Dreieck - in Bezug auf die beteiligten Personen. Die Angreifer*innen, die Opfer und die dritte Partei, die Zeug*innen, die Zuschauer*innen."

"Fremde mischen sich eher weniger ein, obwohl es einzelne Fälle gab, in denen ich verbale Unterstützung erhalten habe."

"Die meisten Menschen schauen gerne weg, wenn sie nicht direkt von Anfeindungen betroffen sind."

"Wenn andere Leute sehen, dass ich diskriminiert werde, macht mich das sehr wütend. Das ist oft so. Zum Beispiel bei der Arbeit. Die Kolleg*innen sehen es und sagen nichts."

"Die Zeug*innen gehen weg, sie reagieren nicht, sie wollen sich nicht einmischen."

"Ich habe eine sehr negative Erfahrung mit der Justiz und den Medien gemacht: Ich habe das Stalking, dem ich zum Opfer gefallen bin, angezeigt und wurde allein gelassen. Nichts geschah."

"Das Schlimmste ist die Stille, wenn sie wegschauen. Das macht auch den Unterschied. Das Opfer merkt, dass es eigentlich sehr allein ist."

"Ich glaube wirklich, dass es hilft, Hassreden zu stoppen, wenn Menschen eingreifen. Wenn Menschen vor allem in Gruppen reagieren, hören die Täter*innen in der Regel auf."

V. Schlussfolgerungen

Empfehlungen

Es wurden bereits zahlreiche Empfehlungen und Vorschläge zu Maßnahmen und Einstellungen bezüglich Hassreden und Diskriminierung verfasst und verbreitet. Wir erwähnen hier zwei aktuelle Beispiele, eines aus den Niederlanden und eines aus Italien. Das erste Beispiel ist ein Bericht über die Diskriminierung von Muslimen in Utrecht, der 2020 in niederländischer Sprache veröffentlicht wurde und auf einer Datenerhebung von 585 Befragten basiert. [17] Der Bericht enthält Empfehlungen, die wir als Anhang I in das Kompendium aufgenommen haben. Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Arbeit von Lunaria. Lunaria ist ein Mitglied unseres Teams und als Organisation seit Jahren aktiv in der Erforschung antirassistischer, zivilgesellschaftlicher Aktionen durch Beobachtung und Analyse von alltäglichem und gewöhnlichem Rassismus und Hassreden in Italien (siehe www.cronachediordinariorazzismo.org). Sie haben sich auch an der Arbeit des sogenannten Jo-Cox-Ausschusses des italienischen Parlaments beteiligt. [18]

Der Jo-Cox-Ausschuss für Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Hass, wie er offiziell genannt wurde, wurde im Mai 2016 eingerichtet und im darauffolgenden Juli in "Jo-Cox-Ausschuss" umbenannt, um der am 16. Juni 2016 ermordeten britischen Abgeordneten Jo Cox zu gedenken. Den Vorsitz des Ausschusses führte der Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer, und zu seinen Mitgliedern gehörten ein*e Abgeordnete*r pro Fraktion in der Kammer, Vertreter*innen des Europarats, der Vereinten Nationen, des italienischen Statistikinstituts ISTAT, Forschungszentren und Bürger*innenvereinigungen, die Hassreden untersuchen und bekämpfen, sowie Expert*innen zu diesen Themen. Der Abschlussbericht wurde vom Ausschuss in seiner Sitzung vom 6. Juli 2017 nach 14 Monaten Arbeit, die Anhörungen mit 31 Personen und die Sammlung von 187 Dokumenten (Studien, Forschungspapiere, Monografien, Datensätze, Positionspapiere) umfasste, angenommen. Der Bericht untersucht das Ausmaß, die Ursachen und die Auswirkungen von Hassreden und skizziert Vorschläge und Empfehlungen zur Bekämpfung von Hassreden, die als Anhang II in das Kompendium aufgenommen wurden.

Obwohl es bereits viele Empfehlungen gibt, hielten wir es dennoch für sinnvoll, die wichtigsten hervorzuheben, die bei den Gesprächen mit Menschen, die täglich diskriminiert werden, zur Sprache kamen. Die Absicht ist es, Empfehlungen an der Basis zu geben und die wichtigsten Schlussfolgerungen unserer Forschung und dieses Kompendiums zusammenzufassen.

[17] https://cdn.goserver.nl/art1middennederland.nl/doc/Moslimdiscriminatie2_7_104_94177.pdf

[18] Siehe <https://www.camera.it/leg17/1264>



V. Schlussfolgerungen

Reaktionen und Bewältigungsstrategien: Bedürfnisse, Wünsche und bewährte Praktiken

Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, sind sich nicht einig, wie sie am besten auf Hassreden reagieren sollen. Je nach individueller Stimmung und situativem Kontext gibt es sowohl für Online- als auch für Offline-Hassrede-Situationen drei Hauptreaktionen:

- 1) **Gegenrede;**
- 2) **Ignorieren;**
- 3) **Um Hilfe bitten.**

Es gibt zwar kein Patentrezept oder ein Handbuch für richtiges Verhalten, aber es hat sich gezeigt, dass das Setzen von persönlichen Grenzen für die eigene Reaktion und sich daran auch zu halten, einen positiven Effekt hat.



Gegenrede

Diskussion: Wenn es sicher ist und Sie sich danach fühlen, konfrontieren Sie den Angreifenden und fragen Sie höflich, aber direkt, warum dieser unhöflich ist. Präsentieren Sie sich als eine alltägliche, höfliche Person. Ruhig, kühl und kontrolliert zu bleiben, erfordert Selbstbeherrschung. Eine Einstellung, die sich mit zunehmender Erfahrung verbessert. Dieser Ansatz gilt sowohl für Online- als auch für Offline-Situationen.

Beispiel: Als er in der Bank schlecht behandelt wurde, sagte ein Befragter: *"Behandeln Sie auch andere Kunden so? Ist das ein respektvoller Umgang? Warum behandeln Sie mich auf diese Weise?"* Die Strategie des Befragten führte zu einer Entschuldigung durch den Bankangestellten.

Humor: Sich über den Angreifenden lustig zu machen und die Situation von ihrer komischen Seite zu betrachten, kann ebenfalls helfen.

Beispiel: Antworten Sie mit *"Ich liebe dich auch"*.

Nonverbale Kommunikation: Nicht verbal antworten, sondern Teile des Körpers wie Augen, Augenbrauen, Gesicht, Hände usw. benutzen.

Beispiel eines Befragten: "Ein böser Blick ist oft eine gute Strategie. Es bedeutet nicht, dass die Person die Klappe hält, aber zumindest ist sie irritiert."

Ignorieren: Wenn Sie sich nicht gut fühlen und/oder nicht in Stimmung sind, versuchen Sie einfach, sich nicht auf einen Konflikt einzulassen, bleiben Sie ruhig, gleichgültig, still und vermeiden Sie sowohl verbalen als auch nonverbalen Kontakt (einschließlich Augenkontakt).

In den meisten Fällen sind Sie bei Hassreden nicht allein, auch wenn Sie als einzige Person zur Zielscheibe werden. Zögern Sie nicht, Umstehende, Zeug*innen, Freund*innen oder Familienangehörige um Hilfe zu bitten, wenn diese nichts unternehmen, nicht nur nach, sondern auch während des Vorfalls selbst.

Wenn Gegenreden, Ignorieren oder um Hilfe bitten keine Wirkung zeigen, können Sie damit drohen, die Polizei zu rufen. Nehmen Sie es nicht persönlich, auch wenn Sie zur Zielscheibe von Anfeindungen werden. Vergessen Sie nicht, dass Diskriminierung ein strukturelles Problem ist und nichts mit Ihren Handlungen und Ihrem Lebensstil zu tun hat.

Andererseits können Sie versuchen, den Angreifenden zu personalisieren, was online natürlich leichter möglich ist. Sie können dies tun, indem Sie Online-Täter*innen und ihre Angriffe in privaten Chats de-anonymisieren.

Im Sinne einer langfristigen Bewältigungsstrategie sollten Sie Ihre Erfahrungen mit Hassreden nicht für sich behalten. Sprechen Sie darüber, wenn Sie sich dazu bereit fühlen. Sie haben mehrere Möglichkeiten, die Sie kombinieren können:



Photo by Rinesh Kumar Ghirao on Unsplash

- Sprechen Sie mit den Menschen, die Ihnen nahestehen (z. B. Freund*innen, Partner*in und Familienmitglieder), in einer privaten Umgebung. Das Gespräch mit Menschen aus Ihrem näheren Umfeld, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, ist sehr hilfreich, denn, wie eine befragte Person sagte, **"geteiltes Leid ist halbes Leid"**.
- Eine Selbsthilfegruppe für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, gründen und mitorganisieren. Die Gruppe kann sich so oft wie nötig treffen.
- Wenden Sie sich an eine Beratungsstelle in Ihrer Nähe, die sich mit diesen Fragen befasst.
- Suchen Sie psychologische oder therapeutische Beratung auf.
- Sprechen Sie mit Ihren Vorgesetzten über das Problem, das in ihrem Zuständigkeitsbereich auftritt – Lehrkraft, Schulleiter*in, hohe Beamte etc.
- Gehen Sie an die Öffentlichkeit. Sprechen Sie mit den Medien, nutzen Sie Ihre Social-Media-Plattformen, machen Sie Ihr privates Problem zu einem öffentlichen Anliegen und machen Sie die Situation bekannt.

V. Schlussfolgerungen

Interventionen:

Bedürfnisse, Wünsche und bewährte Praktiken

Wenn man Zeug*in von Hassreden wird, sollte man sofort oder später eingreifen und sich für die Betroffenen einsetzen. Dies geschieht nicht sehr oft, aber es ist die willkommenste und notwendigste Intervention, der fast alle Befragten zustimmten. Einer von ihnen drückte es so aus:

"Meine Empfehlungen, Wünsche und Bedürfnisse sind eher ein Aufruf an den Einzelnen zu handeln: Wenn er Zeuge von Hassreden wird, sollte er eingreifen und das/die Opfer vor dem/den Hass(er)n unterstützen oder, falls er das nicht kann, die Polizei rufen."

Auf diese Weise geben Sie den von Diskriminierung betroffenen Menschen das Gefühl, sichtbar und damit sicherer zu sein, sowohl online als auch offline, und Sie tragen dazu bei, dass ihr Problem real wird (dies ist in Online-Räumen wichtig). Außerdem nehmen Sie den Täter*innen den Wind aus den Segeln, da sie nicht mehr so tun können, als würden sie im Namen der schweigenden Mehrheit sprechen. Darüber hinaus können Sie eine Hassrede-Veranstaltung jederzeit in eine Gelegenheit zur Sensibilisierung für die Bekämpfung von Rassismus umwandeln.

Ist jemand Freund*in, Partner*in oder ein Familienmitglied von jemandem, der möglicherweise Hassreden erlebt hat, sollte er versuchen, mit ihm darüber zu sprechen, interessiert zu sein, zuzuhören, zu diskutieren und alle notwendige Unterstützung anzubieten. Überlassen Sie nicht die ganze Verantwortung und aktive Rolle der betroffenen Person - seien Sie für sie da, seien Sie aktiv, fragen Sie sie, was Sie für sie tun können.

Wenn Sie eine bekannte Persönlichkeit sind – Politiker*in, Journalist*in, Influencer*in, etc. - bringen Sie Ihre Unterstützung für von Diskriminierung betroffene Menschen öffentlich zum Ausdruck. Setzen Sie sich für sie ein und beziehen Sie klar Stellung gegen die Täter*innen.



Photo by Andrew Moca on Unsplash



photo by Christina Morillo on Pexels

Auf die Frage nach der institutionellen Unterstützung nannten die Befragten folgende Punkte, die verbessert werden müssen:

- Das psychologische Unterstützungsnetz sollte dichter, leichter zugänglich, gut ausgebildet und mit mehr Personal ausgestattet sein.
- Es sollten unabhängige Beschwerdestellen eingerichtet werden (wie dies in Belgien oder Dänemark der Fall ist).
- Eine stärkere Unterstützung durch die lokalen Behörden ist zu begrüßen, da sie oft die Einrichtungen sind, die für die Menschen im täglichen Leben am leichtesten zugänglich sind: mehr Engagement für lokale Informationen, Kampagnen, Help-Desks usw.
- Beratungsorganisationen und Personen, die im Bereich der Antidiskriminierungserziehung tätig sind, sollten besser ausgestattet und langfristig stabiler sein; sie sollten nicht aufgrund instabiler, begrenzter und kurzfristiger Finanzierungssysteme mit prekären Arbeitsbedingungen konfrontiert sein.
- Die bestehende rechtliche Unterstützung sollte leichter zugänglich sein.
- Es bedarf gesetzlicher Änderungen zum Schutz von Opfern, die sich entschließen, Anzeige zu erstatten (z. B. dass sie nicht gezwungen werden, zum Angreifer zu reisen etc.).
- Die Polizei sollte mehr Schutz und Unterstützung bieten und weniger ambivalent sein.

V. Schlussfolgerungen

Abgesehen von diesen konkreten Schritten betonen alle Befragten, wie wichtig es ist, in Kindergärten, Schulen, am Arbeitsplatz, zu Hause, im Internet, im Fernsehen, in Filmen etc. auf Antidiskriminierungserziehung zu achten. Einige praktische Vorschläge umfassen:

- Mehr Zeit für die Vermittlung der Geschichte und der Kulturen anderer Kontinente in den Schulen.
- Mehr interaktive Spiele.
- Mehr Austausch, Kommunikation, Debatten, Offenheit in den Schulen.
- Eine engere und systematischere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Organisationen, die Antidiskriminierungsunterricht erteilen.
- Bessere Ausbildung der Lehrkräfte.
- Mehr öffentliche Kampagnen zu: 1) Alltägliche Erfahrungen 2) Folgen und Auswirkungen, die Hassreden auf die Betroffenen haben.

Schließlich betonen alle Befragten, dass es wichtig ist, eine Kultur des gegenseitigen Respekts, der Gleichbehandlung und der Zivilcourage zu schaffen - eine Kultur, in der Menschen mit Respekt behandelt werden, unabhängig davon, wie "prestigeträchtig" ihre Arbeitsplätze sind und woher sie kommen, eine Kultur, in der es normal ist, öffentlich für Menschen einzutreten, die von Diskriminierung betroffen sind, eine Kultur, in der Menschen gehört und als Personen mit Namen und Biografien behandelt werden und in der ihre Stimme und ihre Perspektive eine Rolle spielen.

Interventionen: Bedürfnisse, Wünsche und bewährte Praktiken



V. Schlussfolgerungen

Reaktionen und Bewältigungsstrategien: „No-Goes“ und schlechte Praktiken

Als nicht hilfreiche Praktiken wurden in den Interviews folgende Punkte benannt:

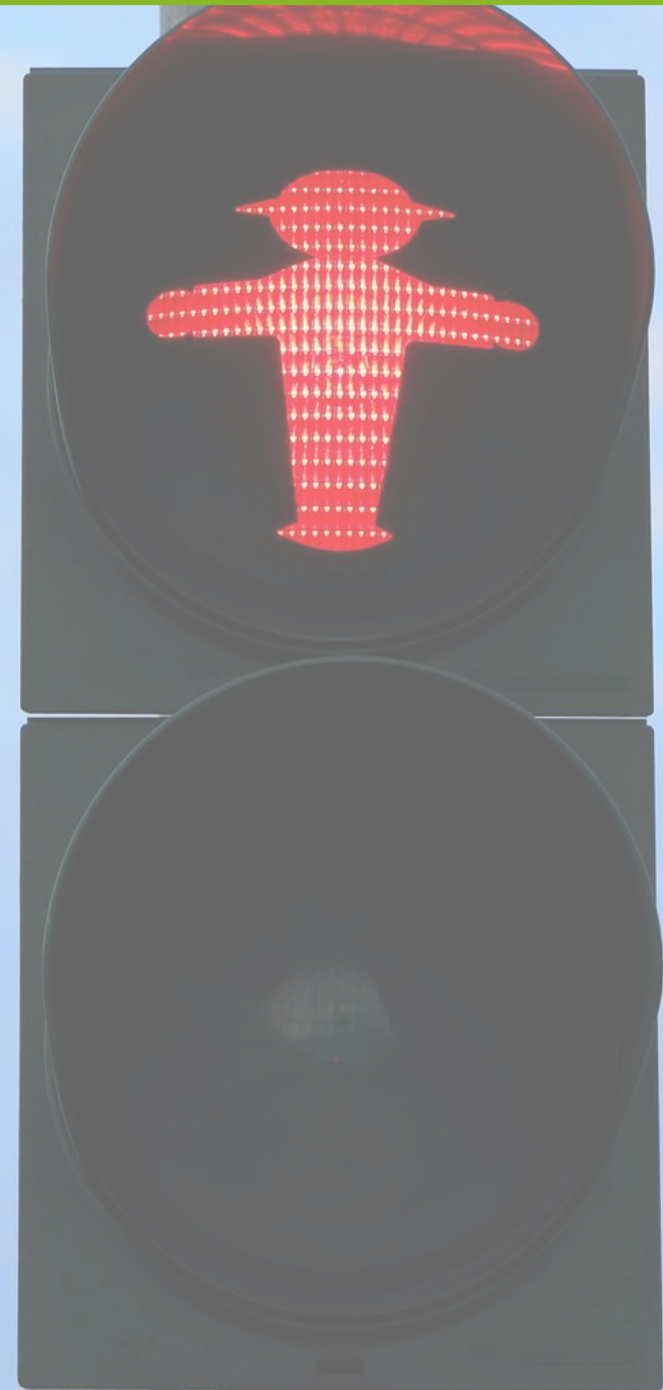
- Mit demselben Hass und derselben Aggression wie die Angreifer*in reagieren.
- Eskalation einer Hassrede in eine physische Konfrontation und Kontrollverlust.
- Den Angriff persönlich zu nehmen.
- Anzeichen von Depression, Selbsthass, Selbstverletzung und Selbstisolation zu ignorieren.
- Sich selbst die Schuld zu geben und zu glauben, dass die Beleidigungen gerechtfertigt sein könnten.
- Sich von Schuldgefühlen überwältigen zu lassen.



Interventionen

Wenn Sie Zeug*in einer Hassrede werden:

- Schweigen Sie nicht.
- Leugnen Sie die Beleidigung nicht und geben Sie nicht vor, dass sie nicht stattfindet.
- Verharmlosen Sie die Beleidigung nicht, sondern nehmen Sie sie ernst.
- Stellen Sie sich nicht auf die Seite der Täter*innen und beschuldigen Sie nicht die von Diskriminierung betroffenen Personen.





Wenn Sie eine befreundete Person, Familienmitglied, Arbeitskolleg*in, Mitschüler*in oder Partner*in von jemandem sind, der Hassreden ausgesetzt ist, kommunizieren Sie nicht mit ihnen, indem Sie Ausdrücke wie:

"Was erwartest Du, wenn Du so ausgehst?"

"Es ist Deine Schuld."

"Es ist nur im Internet, es ist nichts Ernstes."

Zwingen Sie außerdem niemanden, der eine Hassrede erlebt hat, die Diskriminierung zu erklären und zu beweisen.

Wenn Sie in einer Institution arbeiten und mit jemandem zu tun haben, der von Hassreden betroffen ist, behandeln Sie diese Person wie jemanden, der von Hassverbrechen betroffen ist. Auch wenn sie keine offensichtlichen körperlichen Verletzungen haben, bedeutet das nicht, dass sie keine Schmerzen haben. Nehmen Sie sie ernst und behandeln Sie sie einfühlsam.

Bei der Befragung zu Problemen im Zusammenhang mit der institutionellen Unterstützung wurde die folgende Liste von institutionellen Versäumnissen genannt:

- Die Polizei ist nicht bereit, auf die Probleme der Opfer einzugehen, nimmt sie nicht ernst, spielt die Erfahrungen der Opfer herunter, spricht mit Vorurteilen und beschuldigt die Opfer.
- Die Arbeitsämter unternehmen nichts, wenn jemand Diskriminierung bei der Bewerbung anzeigt.
- Schulen agieren wie Feuerwehrleute und löschen Brände, anstatt einen präventiven, informativen und proaktiven Ansatz zu wählen.
- Große Institutionen schieben das Problem unter den Teppich, indem sie es an eine höhere Behörde melden, ohne die Verantwortung zu übernehmen.
- Im Allgemeinen konzentrieren sich die Institutionen nur auf die Täter*innen und schenken der Person, die angegriffen wird oder der Gefahr ausgesetzt ist, angegriffen zu werden, keine Beachtung.



Anhang I. Empfehlungen aus dem Art. 1 Midden Nederland Forschung im Jahr 2020

Erleichterung des Zugangs zur Meldung von Diskriminierung und niedrige Hürden

Die Forschung zeigt, dass Menschen nur selten über ihre Diskriminierungserfahrungen berichten. Um die Bereitschaft zur Meldung zu erhöhen, ist es wichtig, eine Struktur zu schaffen, die insbesondere für ältere und weniger gebildete Menschen zugänglich ist. Diese Menschen sind sich nicht immer bewusst, dass sie eine Meldung machen können und wie sie dies tun können. Außerdem ist nicht jede Person digital gebildet.

Um dieses Problem zu lösen, kann es hilfreich sein, in Bibliotheken, Moscheen, Kirchen, Synagogen oder Begegnungszentren Meldeformulare auszulegen, welche die Menschen ausfüllen können. Im Falle von Analphabetismus können Unterstützer*innen oder junge Menschen beim Ausfüllen eines solchen Formulars helfen. Junge Menschen könnten helfen, ihnen die Möglichkeit zu geben, Diskriminierung über soziale Medien zu melden.

Im Übrigen sind nicht nur ältere Menschen und Menschen mit niedrigem Bildungsniveau nicht ausreichend über die Möglichkeit einer Anzeige informiert. Nicht jede*r weiß, was eine Meldung in Fällen von Diskriminierung für sich selbst bedeuten kann. Dabei geht es um mehr als nur um die Registrierung von Meldungen. Deshalb ist es wichtig, dass die Stellen, an denen man sich melden kann, sichtbar werden. Auch die Behörden selbst können dabei eine Rolle spielen, indem sie auf ihrer Webseite Informationen über die Möglichkeiten zur Meldung von Diskriminierung bereitstellen.

Eine weitere Möglichkeit, die Meldung von Diskriminierungen zu erleichtern, ist die Einrichtung einer speziellen Kontaktstelle für verschiedene Arten von Diskriminierung. Auf diese Weise können die verwendete Sprache, die Kommunikation, die Symbole und die Mittel auf die Bedürfnisse der Zielgruppe und auf die spezifischen Probleme und die Situation der Zielgruppe abgestimmt werden. Auch die Zeug*innen haben die Möglichkeit, sich zu melden. Dies könnte einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Schulung von Vertreter*innen von Moscheen und Selbstorganisationen

Es wurde auch erwähnt, dass Antidiskriminierungsorganisationen Botschafter*innen und Vertreter*innen von Moscheen und Selbstorganisationen schulen könnten, damit sie besser in der Lage sind, diskriminierende Handlungen wie Antisemitismus, Homophobie und Islamophobie zu erkennen und Beschwerden entgegenzunehmen, zu registrieren und weiterzuleiten. Um sowohl männliche als auch weibliche Opfer angemessen unterstützen zu können, ist es wichtig, sowohl Männer als auch Frauen zu schulen. Meldungen können anonym registriert werden (je nach Wunsch des Meldenden). Wenn die Anzeigenden Informationen, Rat oder Unterstützung zu möglichen nächsten Schritten wünschen, werden sie an eine erfahrene Beschwerdebearbeitungs-stelle der Organisationen verwiesen.



Photo by Campaign Creators on Unsplash

Den Menschen deutlicher vor Augen führen, dass eine Meldung sinnvoll ist

Eine weitere Schlussfolgerung ist, dass die Menschen keine Anzeige erstatten, weil sie das Gefühl haben, dass es sich nicht lohnt, Anzeige zu erstatten. Es wird darauf hingewiesen, dass es daher sinnvoll sein könnte, wenn die Behörden Beispiele online veröffentlichen, bei denen deutlich wird, dass die Meldung von Diskriminierung etwas bewirken kann und bei denen beispielsweise die Täter*innen aufgrund einer Meldung bestraft werden. Wenn die Menschen sehen, dass eine derartige Meldung zu Ergebnissen führen kann, könnte die Bereitschaft zur Meldung steigen.

Eine weitere Überlegung in diesem Zusammenhang ist die Anpassung oder Erweiterung des politischen Ziels von Meldungen. Wenn die Behörden ausdrücklich darauf hinweisen würden, dass die Bedeutung einer Anzeige nicht (nur) in der Strafverfolgung liegt, sondern (auch) darin, Einblicke in das Ausmaß der Diskriminierungserfahrungen zu gewinnen, dann könnte dies auch die Bereitschaft zur Anzeige erhöhen. Und wenn Menschen Anzeige erstatten, sollten Sie als Polizei oder Antidiskriminierungsstelle dafür sorgen, dass die Ergebnisse an sie zurückgemeldet werden. Manchmal gibt es keine Rückmeldung, was die Menschen entmutigt und enttäuscht und sie nicht dazu ermutigt, sich in Zukunft wieder zu melden.

Unterstützung für die von Diskriminierung Betroffenen

Die Möglichkeit, Anzeige zu erstatten, ist wichtig, aber nicht ausreichend. Die Opfer von Diskriminierung müssen auch unterstützt werden. Die Forschung zeigt, dass diese Erfahrungen einen starken emotionalen Einfluss auf die Menschen haben. Sie führen zu Gefühlen von Traurigkeit, Ohnmacht und Wut, die Menschen erleben Stress und sind in ihrer vollen Teilhabe an der Gesellschaft eingeschränkt. Daher ist es wichtig, dass es (psychologische) Unterstützung und Hilfe gibt, damit die Opfer Erkenntnisse darüber gewinnen können, wie sie mit Diskriminierung umgehen können. Die Stadtverwaltung kann durch Investitionen in Schulungskurse dazu beitragen, die Widerstandsfähigkeit, das Selbstvertrauen und die Durchsetzungsfähigkeit der Menschen zu stärken.

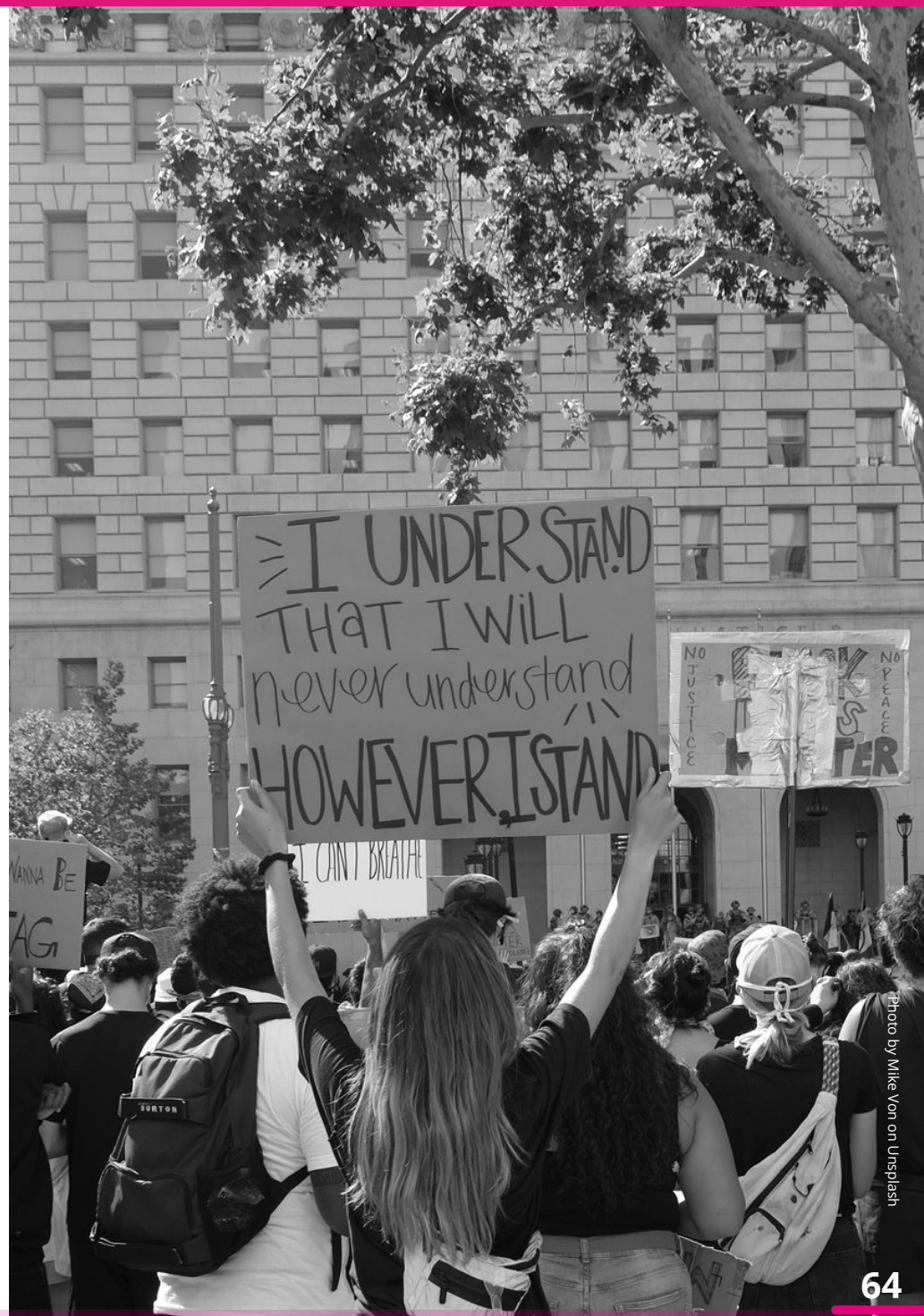


Photo by Mike Von on Unsplash

Als öffentliche Behörde mit gutem Beispiel vorangehen

Auch Menschen in der Regierung, in öffentlichen Funktionen und in Regierungsgebäuden werden diskriminiert. Daher ist es wichtig, dass die Behörden mit gutem Beispiel vorangehen und stets deutlich machen, dass Diskriminierung nicht toleriert werden kann.

Die Behörden könnten sich auch dafür entscheiden, nicht mit Unternehmen zusammenzuarbeiten, die sich bekanntermaßen der Diskriminierung schuldig gemacht haben. Wenn sich die Regierung nicht klar äußert und sich nicht Gehör verschafft, entsteht ein einseitiges Bild, das auch Signale an die Gesellschaft sendet. Für Muslime zum Beispiel ist eine Form der Anerkennung wichtig, damit die Menschen das Gefühl haben, dass die Regierung für sie da ist und sie nicht diskriminiert. Wenn die Stadtverwaltung und die verantwortlichen Politiker*innen sich gegen die Diskriminierung von Muslimen aussprechen, kann dies auch eine starke Wirkung auf die öffentliche Meinung haben.

Im Einklang mit dem oben Gesagten ist eine vielfältige Vertretung in der Personaldatenbank der Behörde ein wichtiges Mittel, um zu zeigen, dass marginalisierte Gruppen auch Teil der Gesellschaft sind. Dies kann das Bild unterstützen, dass marginalisierte Personen auch in wichtigen Positionen landen können.

Auch die Kommunikation der Regierungen könnte integrativer sein. Dies gilt auch für die Rundfunkanstalten. Sie erhalten zwar öffentliche Gelder, erreichen aber nach Ansicht der Mitglieder der Fokusgruppe nicht alle Gruppen.

Arbeit an der positiven Wahrnehmung von Minderheitengruppen

Das Bild von marginalisierten Gruppen ist manchmal negativ. Das erklärt zum Teil, warum Menschen Vorurteile und Diskriminierung erleben. Aus diesem Grund ist es notwendig, den positiven Geschichten von z. B. Beamt*innen mit muslimischem, jüdischem oder surinamischem Hintergrund mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Sie können als Vorbilder fungieren, die es geschafft haben, trotz vielleicht negativer Erfahrungen erfolgreich zu sein. Es wurde auch darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, zu vermitteln, wofür die niederländische Identität steht. Der "Niederländer" ist nicht nur ein Mensch mit blondem Haar und blauen Augen. Es ist notwendig zu zeigen, dass auch Menschen mit anderer Herkunft Niederländer*innen sind, um Gruppen zu verbinden. Es wurde auch erwähnt, dass es sehr konkrete Möglichkeiten gibt, an einem solchen Image zu arbeiten, zum Beispiel indem man die niederländische Vielfalt auf Plakaten in den Städten und in Bushaltestellen sichtbar macht.

Sichtbarmachung der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den Minderheitengemeinschaften

Die meisten Gemeinden in den Niederlanden ergreifen viele positive Maßnahmen im Hinblick auf die Führung von Dialogen mit verschiedenen Gruppen von Muslimen und anderen Minderheitengruppen. Diese Dialoge finden jedoch hauptsächlich hinter den Kulissen statt. Vor den Kulissen ist die Regierung unterdessen sehr aktiv, um einen juristischen Kampf gegen umstrittene islamische Personen zu führen. Dies findet in den Medien eine unverhältnismäßig große Beachtung. Das Ergebnis ist, dass sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime ein bestimmtes Bild von der Regierung und den Muslimen bekommen. Es wird der Eindruck erweckt, dass dies die einzige politische Priorität ist. Machen Sie daher deutlicher, welche Partnerschaften es mit muslimischen Gemeinschaften gibt und was daraus resultiert.



Der Polarisierung zwischen Gruppen entgegenwirken

Organisation von Begegnungen und Dialogen zwischen Bevölkerungsgruppen, um sozialen Spannungen und Polarisierungen entgegenzuwirken. Erleichtern Sie zum Beispiel Begegnungen zwischen Schüler*innen islamischer und katholischer Schulen. Beziehen Sie Muslime und LHBTI nicht nur in Integrations- und Sicherheitsfragen ein, sondern lassen Sie sie auch an Diskussionen über Wirtschaft, nachhaltiges Leben, gesunde Lebensweise, die Zukunft des Landes oder andere Themen teilnehmen. Auf diese Weise kann das Bewusstsein gestärkt werden, dass Muslime und Nicht-Muslime auch gemeinsame Interessen und Herausforderungen haben.

Anhang II. Empfehlungen aus dem Bericht des Jo-Cox-Ausschusses, 2017

Die folgenden Punkte spiegeln sich auch in den Ergebnissen der Sekundärforschung des SDD und der Interviews wider.

Horizontale Maßnahmen.

- Einführung umfassender nationaler Strategien zur Bekämpfung aller Formen von Hassreden, einschließlich spezifischer Aktionspläne zur Bekämpfung der Diskriminierung einzelner Gruppen.
- Annahme einer rechtlich anerkannten Definition des Begriffs "Hassrede" auf der Grundlage der Definition der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) in der am 8. Dezember 2015 angenommenen Empfehlung Nr. 15.

Verbesserung der Datenerfassung und der Kenntnis der Phänomene.

- Beobachtung der laufenden Entwicklungen im soziokulturellen Kontext, die zu Hassphänomenen, Hassreden und Hassverbrechen zu führen drohen, durch Sammlung aktueller und relevanter Informationen.
- Sicherstellen, dass die Datenerhebung auf den Grundsätzen der Überprüfung und Offenlegung beruht und den gemeinsamen europäischen Standards entspricht.
- Sicherstellen, dass die nationalen Statistikämter Hassphänomene dokumentieren.
- Ausweitung der Erhebung von Daten über Hassverbrechen über den Bereich der Strafjustiz hinaus und Erweiterung der Kriterien für die Definition des Begriffs "Hassverbrechen".
- Anerkennung von Sexismus als diskriminierendes Motiv und als eine besondere Kategorie von Hassreden.

Regulatorische Maßnahmen.

- Prüfung der Möglichkeit von Maßnahmen zur Verhinderung von religiös motivierter Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, um das Entstehen von Hass- und Gewaltphänomenen zu verhindern.
- Verabschiedung umfassender Gesetze zur Religionsfreiheit, die durch die Gewährleistung der Achtung aller Religionsgemeinschaften, der Freiheit der Religionsausübung und der Würde bei der Ausübung der religiösen Rechte institutionalisierten Hass und Diskriminierung sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene bekämpfen werden.
- Unterstellung sexistischer und homophober Hassreden unter die Gesetze gegen Hass und Diskriminierung.

- Kriminalisierung von Hasskampagnen (z. B. öffentliche Beleidigungen, Verleumdungen und Drohungen), die sich gegen Personen oder Gruppen aus rassistischen, sprachlichen, religiösen, nationalistischen, kulturellen sexistischen oder homophoben Gründen richten.
- Auferlegung von Selbstregulierungsanforderungen für Internetplattformen, um Hassreden zu unterbinden, zu verhindern, dass mit Fake News Werbeeinnahmen erzielt werden, und den mit der Europäischen Kommission im Mai 2016 vereinbarten Verhaltenskodex einzuhalten.
- Verabschiedung von Vorschriften zur Bekämpfung von Hassreden, ohne die Informationsfreiheit im Internet zu beeinträchtigen; Prüfung der Möglichkeit, Internetprovider und Plattformen sozialer Netzwerke gemeinsam gesetzlich haftbar zu machen und sie zu verpflichten, Inhalte, die von Nutzer*innen als beleidigend eingestuft wurden, unverzüglich zu löschen.
- Strenge Überprüfung der Angemessenheit der von den Internet-Diensteanbietern getroffenen Maßnahmen zur wirksamen Regulierung rechtswidriger Verhaltensweisen.

Politische und institutionelle Initiativen.

- Förderung des Verantwortungsbewusstseins institutioneller und politischer Persönlichkeiten, die den öffentlichen Diskurs beeinflussen, und - auch nach dem Vorbild der im Dezember 2016 an der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments vorgenommenen Änderungen - Annahme von Regulierungsmechanismen zur Unterdrückung von Hassreden.
- Sicherstellen, dass führende Persönlichkeiten aus Politik und Öffentlichkeit alle Fälle von Hassreden und Diskriminierung entschlossen und unnachgiebig verurteilen.
- Sensibilisierung der Gewaltopfer für ihre Rechte, einschließlich des Rechts auf administrative, zivil- oder strafrechtliche Entschädigung, durch gezielte Informationskampagnen, Einrichtung von Beratungsstellen in Sozialämtern und Gesundheitszentren und Einbeziehung von Schulen, Vereinigungen der Zivilgesellschaft und religiösen Organisationen in die Kampagne.
- Förderung und Ausbau der internationalen Zusammenarbeit mit der "No Hate Speech"-Bewegung und der Parlamentarischen Allianz gegen Intoleranz und Rassismus des Europarats.

Kultur- und Bildungsinitiativen.

- Entwicklung eines wirksamen Systems für die Ausbildung von Lehrkräften und Erzieher*innen mit Unterstützung von Vereinigungen zum Schutz der Bürgerrechte und der Rechte von Familien; Förderung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Personen und Einrichtungen, die sich für die Bekämpfung von Diskriminierung und Hassreden einsetzen, wie z. B. Forschungsinstitute, Lehrkräfte, die Justiz, die Strafverfolgungsbehörden und Bürger*innenvereinigungen.
- Verabschiedung neuer Rechtsvorschriften über Bildung und Staatsbürgerschaft mit dem Ziel, Respekt und Offenheit zwischen Kulturen und Religionen zu fördern und Intoleranz und Hass zu bekämpfen.



- Verbesserung der Geschlechtererziehung in den Schulen, um den Respekt vor den Unterschieden zwischen den Geschlechtern und der sexuellen Orientierung zu fördern.
- Entwicklung von Lehrplänen für das Studium religiöser Traditionen, einschließlich ihrer historischen, sozialen, rechtlichen und kulturellen Aspekte; Ausarbeitung von Programmen für die Primar-, Sekundar- und Hochschulbildung zur Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus, beginnend mit dem Gedenken an die Shoah; Förderung der Medien- und Internetkompetenz und Ermutigung zu Gegenerzählungen, die sich gegen Antisemitismus, Shoah-Leugnung und Islamophobie richten.
- Verstärkung der interkulturellen Schulungsprogramme für Strafverfolgungsbeamte, Mitglieder der Justiz und von Organisationen der Zivilgesellschaft.

Medienbezogene Initiativen.

- Bekämpfung von Stereotypen und Rassismus durch Sensibilisierung und Förderung des Verantwortungsbewusstseins in den Medien, insbesondere im Internet, um alle Formen von Hassreden, einschließlich unbegründeter, falscher und diffamierender Berichte, zu verhindern.
- Zwingen Sie die großen Social-Media-Plattformen wie Facebook, YouTube, Twitter, Instagram und Google, den Verhaltenskodex der Europäischen Kommission zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet zu befolgen, fordern Sie sie auf, bei der Installation von Filtern und Kontrollen transparent, wirksam und zügig zu handeln, und verlangen Sie, dass sie beleidigende Inhalte und Aufforderungen zum Hass, die von Einzelpersonen oder von Vereinigungen, die sich für die Verteidigung von Einzelpersonen einsetzen, gemeldet wurden, rasch entfernen.

- Die Plattformen sozialer Netzwerke sollten verpflichtet werden, Büros mit einer angemessenen Anzahl von Mitarbeitenden einzurichten, um Beschwerden entgegenzunehmen und Hassreden umgehend zu löschen, eine Warnfunktion auf den Webseiten zu aktivieren, mit der die Nutzer solches Material kennzeichnen können, und für denselben Zweck Hilfetelefone einzurichten.
- Internetplattformen dazu verpflichten, wirksame Warn- oder Frühwarnsysteme einzurichten, die die Nutzer auf die möglichen strafrechtlichen Folgen der Verbreitung von Hassreden hinweisen.
- Gewährleistung des "Rechts auf Vergessenwerden" für Personen, die durch Hassreden geschädigt wurden.
- Unterstützung und Förderung von "No Hate"-Blogs und -Aktivist*innen sowie von Publikationen, die Gegendarstellungen anbieten oder Informationskampagnen gegen Hassreden unterstützen, insbesondere wenn sie Teil einer gemeinnützigen Organisation, Schule oder Universität sind, auch durch die Vergabe eines "No Hate"-Zertifikats, das von der Parlamentarischen Allianz gegen Intoleranz und Rassismus des Europarats ausgestellt wird.
- Aufforderung an die nationalen Journalist*innenregister und Journalist*innenengewerkschaften, die Einhaltung der Berufsstandards durch Investitionen in die Ausbildung und den vertraglichen Status der Journalist*innen durchzusetzen.

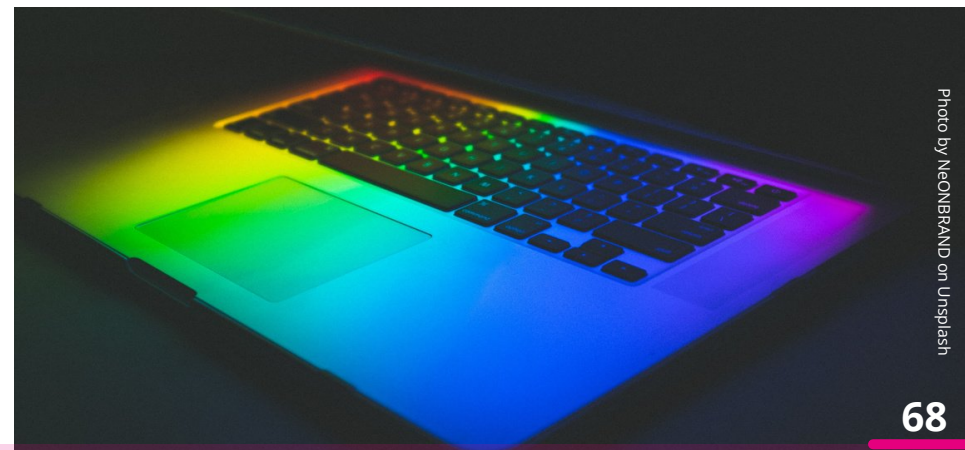
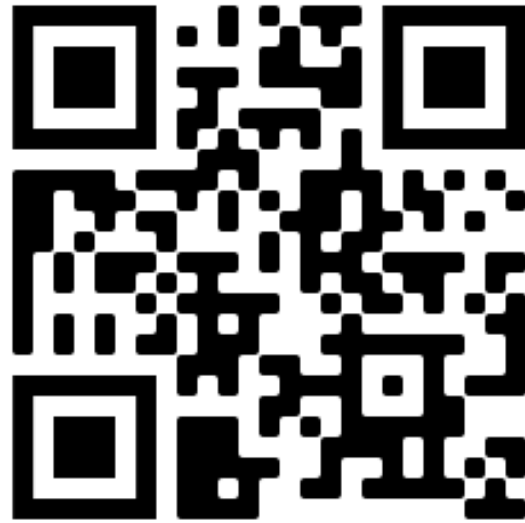


Photo by NEONBRAND on Unsplash



sdd-game.eu



Smart
for Democracy
and Diversity